INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



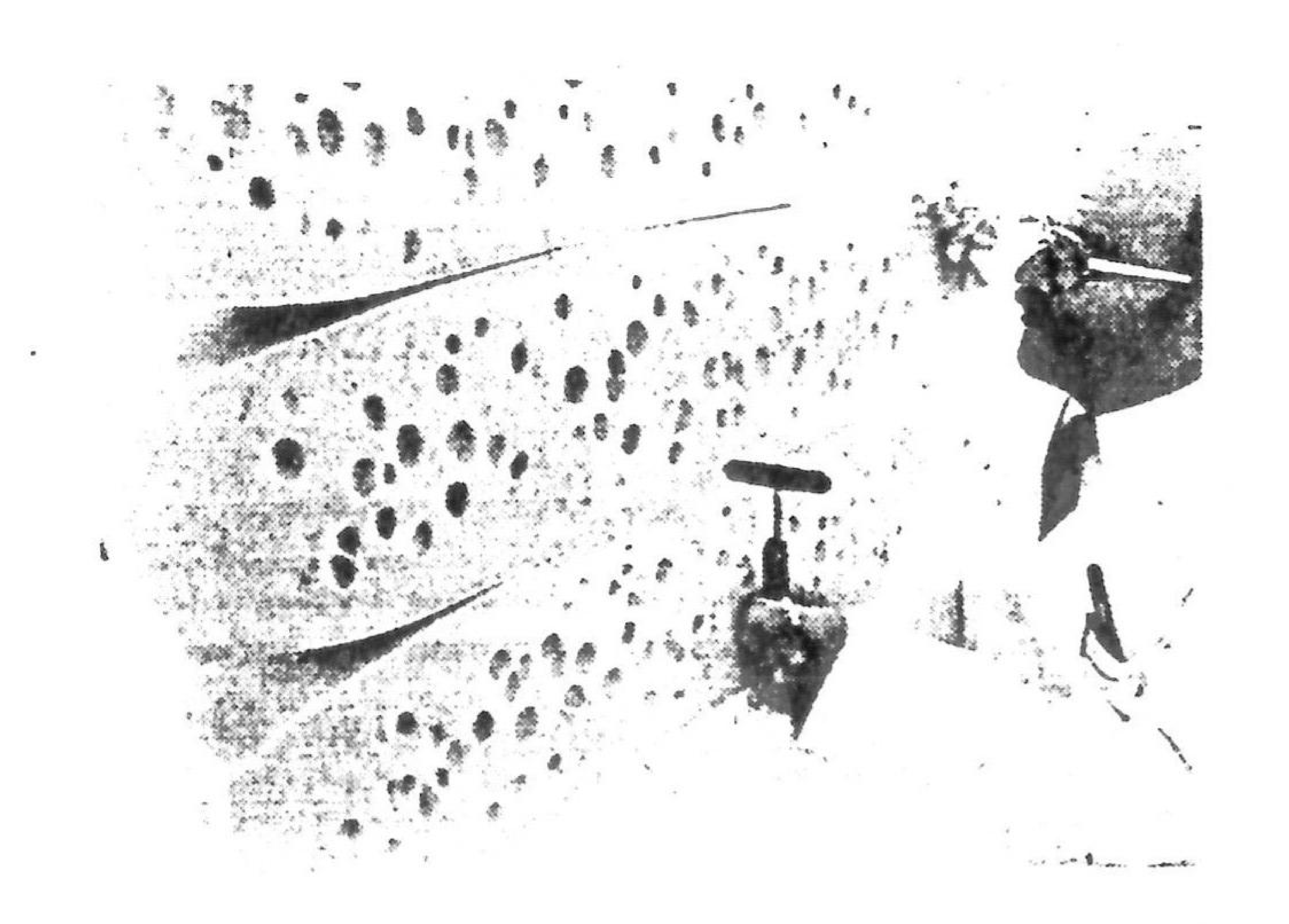
Nr. 407

6. 2. 1997

statt Vorwort

einer unserer Kollegen (rechts im Bild) beim leeren des Postkastens

oder Wie kommt der Käse um die Löcher?



Inhalt

Mechtersheimer (nicht) in Charlottenburg..... 3
Demo in Brandenburg 4
G7- Demo 5
z.B. Siemens 6
(aus : „Alhambra" 2/97, OL)
Durchsuchungen 30.1 11
Botschaftsbesetzung in Berlin 12
Kritik zum vorletzten Donnerstag 14
Adalbertstr. 28 15
Brief von Ursula Quack 15
Out of Rosenheim 16
Brief an den Hafen 17
Solidarität mit Liverpool 17
Kritik an (nicht-)Umverteilen! in Südafrika... 18
Eritrea - neue Frauen in alter Ordnung........... 20
(aus : „LE MONDE diplomatique" 1/97)
Urteile in Manisa/Türkei 23
MRTA-Communiqué 24
(aus : „Alhambra" 2/97, OL)
Peru- Veranstaltung 25
Aufruf nach Hitzacker 26
Termine und so 27

Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Ordner

* ★ Solidaritätsbrief für die Villa Courage (siehe Nr.398)
* ★ Alle Gewalt geht vom Staate aus
* ★ Presseerklärung einer türkischen Gewerkschaft
* ★ Presseerklärung des Buchladen G.Dimitroff (FFM)
* ★ VS-Bericht zu Gorlebenaktionen

Rechtsradikale Hetze im Rathaus Charlottenburg?

Wir sagen NEIN!

Am 24.1.1997 um 19.30 Uhr läd der Rechtsextremist Alfred Mechtersheimer Neonazis und Schlips & Kragen- Faschisten zu einem Vortrag in den Charlottenburger Pommernsaal; Thema: „Bedarf es einer nationalen Partei in Deutschland?"

A. Mechtersheimer ist eine schillernde Figur im Netzwerk der deutschen Rechtradikalen. Der stolze Deutsche, ex- Bundestagsmitglied der Grünen und selbsternannte Friedensforscher sieht seine politische Heimat im Umfeld der FDP- Rechten des „Canstatter Kreises", in dem für „... Treue zu Heimat und Vaterland, Volkssouveränität, die deutsche Kulturnation" gekämpft und „gegen Werteverfall, ausufernde Staatsfürsorge, multikulturelle Gesellschaft, Ausverkauf nationaler Interessen" Stimmung gemacht wird. Die von Mechtersheimer vertretene Ideologie ist nationalistisch, revisionistisch und rassistisch. Spätestens seit Beginn der neunziger Jahre propagiert er nationalrevolutionäre Positionen in der rechtsextremistischen Ideologiepostille „wir selbst". 1991 belobigte er das unter Verfassungschutz- Beobachtung stehende Nazi- Blatt „Junge Freiheit"(JF) in einem Leserbrief für den geleisteten „Beitrag zur Befreiung vom nationalen Komplex der Deutschen" und trat mehrfach zusammen mit JF- Redakteuren auf Veranstaltungen auf. Auch für den Vortrag am 24.1. wird in der JF geworben.

In seinem 1993 veröffentlichten Buch „Friedensmacht Deutschland" vertritt Mechtersheimer nationalistische und antisemitistische Positionen. Im Oktober 1995 gab er seine Weltverschwörungstheorie in Kurzform zum besten. Auf einer Tagung des „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" (BKKD) sprach er in der „Kyffhäuser- Rede" von der „Bedrohung des deutschen Volkes" durch „unkontrollierte Zuwanderung, die die Solidargemeinschaft auflöst" und träumte vom „deutschen Block, der sich bis Kroatien ausdehnt". Die „Vernichtung der D- Mark durch die Verträge von Maastricht" sei eine „späte Rache der Siegermächte einschließlich Israels".

Auch Mechtersheimers Rede vor dem Cannstatter Kreis muß den Beifall jedes Neonazis finden. Auf Einladung des früheren FDP- Vorsitzenden Hans Martin Roth, der durch die Einladung des östereichischen Faschistenführers Jörg Haider bundesweit Empörung auslöste, beschimpfte er protestierende AntifaschistInnen als „neue SA" und sah in seiner Rede durch die „Zunahme der Bevölkerung ausländischer Herkunft ... die Intelligenz des Landes völlig in Frage gestellt".

Ein anderes Projekt des Rechtsextremisten, der Informationsdienst „Frieden 2000", leistet derweil Ermittlungsarbeiten für die Anti- Antifa. Nachdem dort das Synonym des Rechtsextremismus- Experten A. Maegerle veröffentlicht wurde, ist dieser Ziel von Ausspähungen und Bedrohungen durch militante Neonazis. Laut Mechtersheimer hat der Publizist (TAZ, FR, ARD) durch seine Recherchen im braunen Sumpf „dem inneren Frieden großen Schaden zugefügt". Um Anschläge zu verhindern, muß Maegerle inzwischen Polizeischutz in Anspruch nehmen.

„Bedarf es einer nationalen Partei in Deutschland?" ist die Frage, die Mechtersheimer am Freitag vor versammelten Rechtsextremisten mit „ja" beantworten will, denn dem Faschisten ist die Bündelung faschistischer Kräfte das höchste Anliegen. Schon 1995 feierte er als Festredner den Zusammenschluß von DSU, Deutsche Partei und des Bund freier Bürger im BKKD als „erstmaliges Organisationsergebnis mehrerer national wertkonservativer Parteien". Die Marschrichtung ist klar: fast auf den Tag genau 64 Jahre nach dem Ende der Weimarer Republik durch die „Ermächtigung" der NSdAP soll im Pommernsaal für ein faschistisches Großdeutschland getrommelt werden. Mit Reformen, so Mechtersheimer am 27.10.95 in Bad Canstatt, sei Deutschland nicht mehr zu ändern. „Diese Republik" habe schon „zu lange gelebt".

Kein Raum, Kein Rederecht, Kein Fußbreit den Faschisten!

Unabhängige Antifa- Gruppen Berlin 2 . .997

MECHTERSHEIMER

Kundgebung 24.1.1997

Die Rechtsradikalen hatten gegen das Verbot des Bezirksamts (BA) vor dem Verwaltungsgericht geklagt, dieses gab dem BA Recht. Das von Organisator Roscher angerufene Oberverwaltungsgericht bestätigte Freitag Nachmittag das Urteil, so daß die Veranstaltung nicht mehr verlegt werden konnte. Den GegenkundgebungsteilnehmerInnen, größtenteils Gewerkschaftsmitgliedern, standen ab 19.00 Uhr etwa 50 schlechtgelaunte Schlips und Kragen- Nazis gegenüber, die nicht ins Rathaus durften. Neben Mechtersheimer und Roscher(Kritische Liberale) waren u.a. U. Stein mit Fotograf (Junge Freiheit), Aurel Archer (Spuckifabrikant), Pfarrer Petersen aus Spandau und einige Reps bekannt. Nach einer Stunde zogen sich die Faschos in eine Kneipe am Richard Wagner Platz zurück, etwas später gings in ein Steakhaus, immer auf erfolgloser Suche nach der Nationalen Bewegung. Mechtersheimer und Co. traten mit unverschämter Selbstsicherheit auf und wurden von den Bullen in dieser Haltung bestätigt. Insgesamt war die Veranstaltung ein Erfolg. An der gemeinsam mit der ÖTV- Betriebsgruppe durchgeführten Kundgebung nahmen außer etwa 70 GewerkschafterInnen auch einige Promis aus dem Rathaus teil. Es ist zu hoffen, daß durch Zusammenarbeit mit der Betriebsgruppe zukünftig früher gegen rechtsradikale Veranstaltungen im Charlottenburger Rathaus mobilisiert werden und für den „Pommernsaal" endlich ein angemessener Namen gefunden werden kann.

Unabhängige Antifagruppen, Berlin, 1.2.1997



antifaschistische
DEMONSTRATION

Berliner Treffpunkt
für Hinfahrt mit
Schönes-Wochenende-Ticket
Bahnhof Zoo
SONNtag, 16.2.
12 Uhr



Vor einem Jahr wurde Sven Beuter durch den Neonazi Sascha L. in der Stadt Brandenburg brutal ermordet. Fälle wie diese häufen sich, der Faschismus flammt wieder auf.

Zeigt den Faschisten Euren Haß und Eure Entschlossenheit ihnen entgegenzutreten.

Kommt zur Demo am:

gegen faschistische Strukturen und Rechte Gewalt

16.02.97 in Brandenburg

Treffpunkt: 13.00 Uhr am Hauptbahnhof

Antifaschistische Jugend Brandenburg

Neue Infos aus Aschaffenburg bzgl. der Demovorbereitung für den 22.02.97 gegen den geplanten Naziaufmarsch:

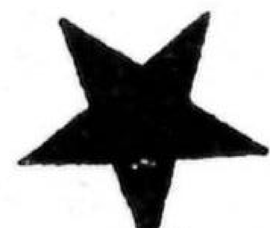
- Die Polizei rechnet angeblich mit bis zu 1000 Nazis, und will so Panik bei der Stadtverwaltung schüren, um ein Verbot aller Veranstaltungen zu erreichen.

- Manfred Christ, lokaler CSU-Funktionär, hat gegen den Unterzeichner eines Flugblattes Anzeige wegen Verleumdung/übler Nachrede, bzw. zur Unterlassung der Aussage Christ sei Rassist erstattet.

- Waffenfund in Amorbach bei Aschaffenburg:
  Am 14.01.97 wurden in Amorbach bei einem 46jährigen Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" Maschinengewehre, Flugabwehrgranaten, mehrere andere Schußwaffen und eine große Menge Munition sowie rechtes Propagandamaterial sichergestellt.

Es wäre gut, wenn Ihr diese Infos und noch mal einen Demoaufruf drucken würdet.

Mit antifaschistischen Grüßen,



Die Mob-Gruppe

Über 7 Brücken müssen wir gehen, bevor G-7 Bonzen baden gehen

Kommt kraftvoll und laut zur G-7 Demo

Am 8.2.97 treffen sich im Opernpalais in Berlin - Mitte die Finanzminister und Notenbankchefs der mächtigsten imperialistischen Ausbeuterstaaten, im Rahmen einer G7 Tagung. Der Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), ein Spezialist für Völkermord und Aufstandsbekämpfung, sitzt mit am Tisch.

Die G7 ist der ökonomische Zusammenschluß der bedeutensten kapitalistischen Machtzentren USA, Europa, Japan. Sie treffen sich in Berlin um der neuen Weltmachtstellung des deutschen Kapitals und des Militarismus zu huldigen. Zentrales Thema des G7 Treffens ist die Einführung der Währungseinheit Euro. Sie dient dem Sozialabbau auf breiter Front in den europäischen Staaten bei gleichzeitiger Verbesserung der Weltmarktposition der europäischen Konzerne. Was die Herren dort besprechen, könnte uns egal sein, wenn es uns nicht betreffen würde: Gesundheitspolitik nur für Bonzen, Lohnsenkungen unter das Existenzniveau, Abschaffung der Sozialhilfe, Vernichtung bezahlbaren Wohnraums, Räumung besetzter Häuser und die Verschärfung patriachialer Unterdrückung sind die wichtigsten Bestandteile dieser Politik - damit nicht genug, rassistischer Völkermord um die für die Profitstrategien „überflüssigen" Menschen zu liquidieren erscheint in der Logik der G7 als humane Entwicklungspolitik für die Länder des Trikonts.

Genug Gründe um den Marionetten des internationalen Kapitals mal gehörig die Meinung zu sagen und zu zeigen was wir von ihrem Bonzentreffen halten. Deshalb rufen wir zu einer entschlossenen und kämpferischen Demonstation auf. Am selben Tag findet eine Anti-Siemens Demo vom Breitscheidplatz aus statt. Wir werden euch in Absprache mit den dortigen OrganisatorInnen die Gelegenheit zu geben, an beiden Demos teilzunehmen. Wir verstehen unsere Demo als Ergänzung zur Anti-Siemens Demo aus aktuellem Anlaß.

Kampf der Politik von G7 und IWF

G7 und IWF - Internationaler Mördertreff

Zeigt Eure Wut und heißt sie willkommen!

Demo Sa. 8.Februar

11.30 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz

ViSdP.: G. Winner, Straße der Gerechten 7, 13402 Berlin

UnterstützerInnen: Tu Ernst, Asterix und die Anti-RömerInnen, und viele, die wir so schnell nicht fragen konnten...

Siemens zum Beispiel...

Im Februar feiert der Elektronik-, Rüstungs-, Atomtechnologiekonzern Siemen seinen 150. Geburtstag mit einer großen Hauptaktionärsversammlung.

In Berlin wird aus diesem Anlaß für den 8. Feb. 1997 eine bundesweite Demonstration organisiert.

Während Siemens profitables Atomgeschäft dessen Gefahren anläßlich der seit einigen Jahren vor sich hindümpelnden Siemens-Boykottkampagne immer mal wieder in die Öffentlichkeit gerückt werden, ist das Wissen um die vielfältige Förderung des Faschismus durch Siemens kaum verbreitet. deshalb möchten wir einen leicht gekürzten Text von Peter Kratz aus dem Jahr 1990 zu Siemens und der Siemen-Stiftung nachdrucken.

Die Siemens AG hat in den letzten 30 Jahren mitgeholfen, die neofaschistische Ideologie aufzupäppeln. Die Theoretiker der Neuen Rechten entwikkelten Konzepte, die auf die kommenden Weltmarktinteressen des EG-Kapitals zugeschnitten sind. Die Siemens AG unterhält enge Kontakte zu Verfassungsschutzbehörden; der langjährige Geschäftsführer der Siemens-Stiftung ist ein enger Berater von Franz Schönhuber, den der Verfassungsschutz partout nicht beobachten will.

1 Am 30.10.1958 wurde in München, am Stammsitz der Siemens AG, die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung gegründet - eine Denkfabrik. Sinnigerweise trägt die Stiftung den Namen desjenigen Familienmitgliedes, das während der Nazizeit das „Haus Siemens" leitete. In wissenschaftlichen Vortragsreihen und Gesprächskreisen der Stiftung wird seit 1%1 die erneute Möglichkeit eines Weltbildes rechts von der Demokratie diskutiert, die Grundlage einer politischen Praxis rechts von der Demokratie also.

Leibliche Nachkommen des Firmengründers Werner von Siemens nehmen in der Stiftung die obersten Ehrenämter ein, Unternehmensmanager der Siemens AG oder mit ihr kooperierender anderer Hightech-Unternehmen sowie Vertreter des technisch-wissenschaftlichen Know-how aus Universität/ Technischer Hochschule bilden den 8-köpfigen Stiftungsrat und den 6-köpfigen Stiftungsvorstand. Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, ist hier ebenso mit Sitz und Stimme vertreten wie Heribert Närger, Heinz Gumin, bis zu seiner Ermordung Karl-Heinz Beckurts oder Hermann Franz, allesamt Mitglieder des Vorstandes der Siemens AG, *Topmanager des Unternehmens*also, oder der Außichtsratsvorsitzende der AG, Bernhard Plettner. In früheren Jahren waren hier die Manager Friedrich Bauer (Siemens-Schuckert-Werke AG), Hans Kerschbaum (Siemens & Halske AG), Gerd Tacke (Kaskes Vorgänger als Vorstandsvorsitzender der Siemens AG), Joachim von Oertzen (Siemens AG), Hans Ferdinand Mayer (Siemens & Halske AG), Heinz Soeschel (Siemens-Schuckert-Werke AG), Werner Kleen (Siemens AG), Siegfried Jansen (Siemens AG), Karl Siertz (Siemens AG), Wolfram Sutholt (Siemens AG), Anton Peisl (Siemens AG), Henrich Welker (Siemens AG), Hans Kaufmann (Siemens AG), Wolfgang Seelig (Siemens AG) Mitglied, neuerdings auch Reimar Lüst als Generaldirektor der European Space Agency. Den Vorsitz des Stiftungsrates führte immer ein Mitglied der Familie von Siemens, den Vorsitz des Stiftungsvorstandes führte immer ein Siemens-Manager.

2 Inhaltlich geprägt wurde die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung durch Armin Mohler, derzeitiger Geschäftsführer ist seit 1989 Heinrich Meier, außerdem Kuratoriumsmitglied der Franz Schönhuber- Stiftung (Gründer der Republikaner), von Beginn bis 1964 stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung, von 1964 bis vor kurzem ihr Geschäftsführer.

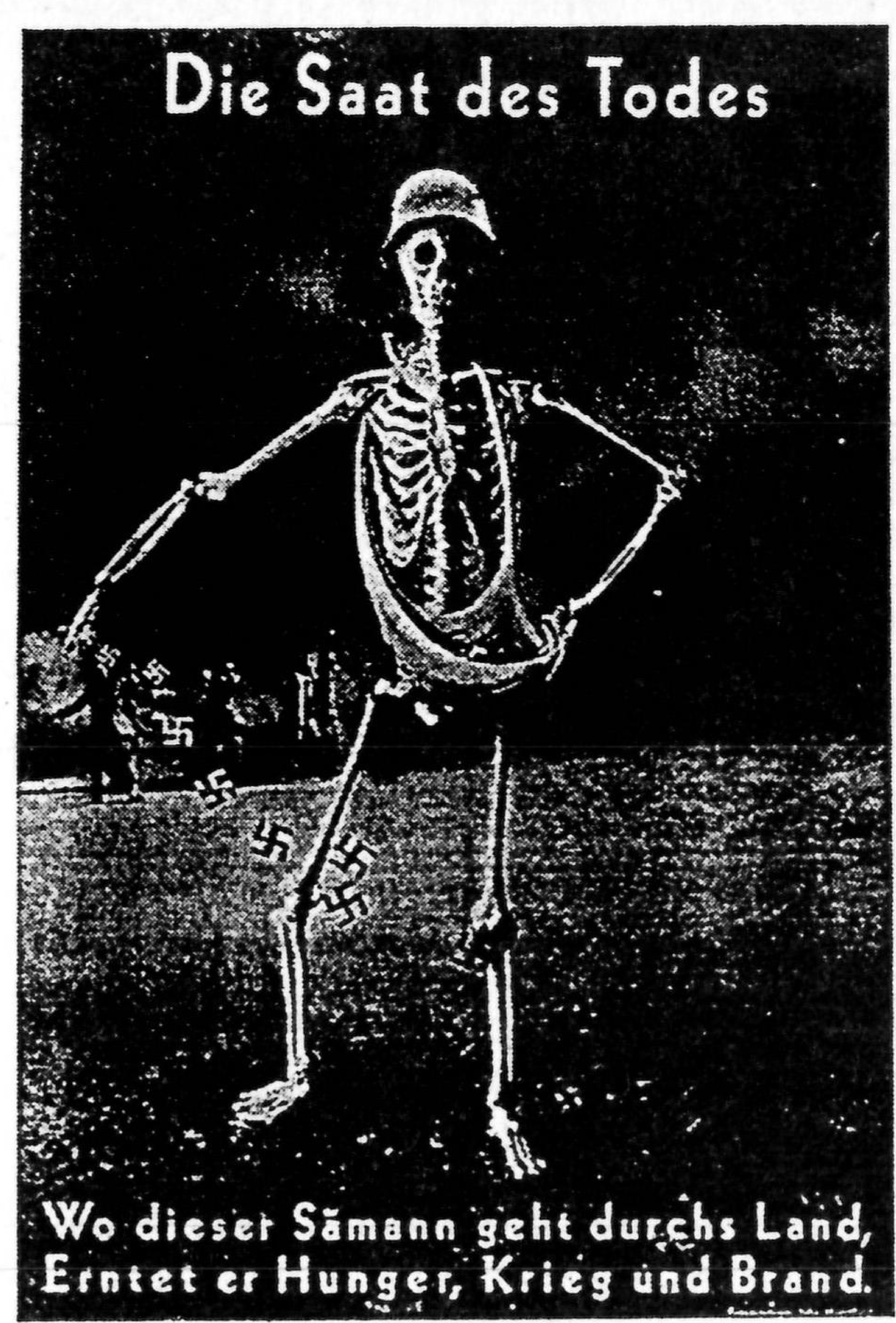
Mohler gilt heute als eine Graue Eminenz des bundesdeutschen Neofaschismus. In den ersten Jahren nach dem Sieg über den Nationalsozialismus ging Mohler nach dem Motto „Retten, was zu retten ist" daran, die geistigen Grundlagen des Faschismus zu sammeln, die ideologischen Wegbereiter des Nationalsozialismus von der Mitschuld an den Naziverbrechen freizusprechen und die in den Fraktionsauseinandersetzungen schließlich siegreiche Hitlerlinie des deutschen Faschismus als eigentliches Abweichlertum von der Reinen Lehre einer breiteren „Deutschen Bewegung" zu brandmarken. Diese reine Lehre sieht er von den faschistischen Intellektuellen vertreten, die unter dem Begriff *„Konservative Revolution"* zusammengefaßt werden. In Mohlers 1950 als Buch erschienenen Dissertation „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen" geht er wie selbstverständlich von den „Verzahnungen der ‚Konservativen Revolution' mit dem politischen Geschehen nach 1933" aus und sieht die Praxis des Nationalsozialismus als einen der „politischen Verwirklichungsversuche" der „Konservativen Revolution" an (S.11). Die Vertreter der „Konservativen Revolution", zu denen Mohler fast alle geistigen Wegbereiter des Hitler-Regimes zählt und namentlich aufführt (auch z.B. den Nazi-Chefideologen *Houston Stewart Chamberlain*, den obersten NS-Rassisten *Hans FK Günther* oder den Hitler-Putschisten von der Feldherrnhalle *Erich Ludendorff*, sind für Mohler die „‚Trotzkisten' des Nationalsozialismus" (S.12). Zur Frage des Zusammenhanges der „Konservativen Revolution" mit dem „Dritten Reich" und der „Verantwortung für den Nationalsozialismus" erklärt er kategorisch: „Es kann nicht unsere Aufgabe sein, diesen Knäuel zu entwirren und die Hauptstränge von den Nebensträngen zu sondern" (S.17). Ein „Knäuel" also bildeten nach der Selbsteinschätzung des „konservativen Revolutionärs" Armin Mohler die völkische Bewegung, die elitären Jungkonservativen, die antikapitalistischen Nationalrevolutionäre, die Bündischen oder die Landvolkbewegung (von ihm so aufgezählt) mit der plebejisch-populistischen Massenbewegung des Nationalsozialismus. Weiter: „Die Frage, die sich hier stellen würde, wäre die, wie weit eine Theorie für eine ihr nicht entsprechende Verwirklichung verantwortlich gemacht werden kann" (S.17f).

Dieses ideologische Knäuel trotz des politischen und militärischen Zusammenbruchs des europäischen Faschismus am 8. Mai *1945*, seiner moralischen Selbstdiskreditierung durch Auschwitz oder der Sozialpolitik des Todes (Euthanasie), seines sozialpolitischen Glaubwürdigkeitsverlustes (mit Kriegswirtschaft gegen Arbeitslosigkeit, mit Betriebs-Führern gegen die demokratische Betriebsverfassung) für die Interessen des Kapitals wieder nutzbar zu machen, stellt sich Mohler 1950 als Lebensaufgabe. Die antidemokratischen, elitären hehren Ziele der „Konservativen Revolution" sollen trotz des Skandals ihrer politischen Praxis als Herrschaftsideologie des europäischen Kapitals wiederverwendbar werden.

Nachdem er einige Zeit Privatsekretär des „konservativen Revolutionärs" Ernst Jünger war, bestimmt Mohler von Beginn der 60er Jahre an die inhaltliche Arbeit der Siemens-Stiftung im wesentlichen mit. Die Top-Manager der Siemens AG begleiten dies als Verantwortungsträger der Stiftungsorgane.

Ende der 70er Jahre ist Mohler der eifrigste Förderer der in Frankreich unter dem Namen *„Nouvelle Droite"* reformierten und dort bereits im konservativen Spektrum populären neofaschistischen Ideologie. In zahlreichen Büchern und Artikeln, unter anderem in dem konservativ-rechtsextremen Elite-Blatt „Criticon", macht Mohler die Ideen *Alain de Benoists* bekannt, des Kopfes der europäischen Neuen Rechten, dessen Diskussionszirkel in Frankreich bis weit in die Partei der Gaullisten hineinreicht. Mohler engagiert sich im *„Thule Seminar"*, dem deutschen Ableger der „Nouvelle Droite" unter Pierre Krebs (Kassel), schreibt auch ein Vorwort zum endlich ins Deutsche übersetzten Benoist-Buch „Kulturrevolution von rechts". Krebs läßt sich später mit einem T-Shirt der militant-nationalistischen „NF" Bielefeld ablichten.

1982 erscheint im rechtsextremen Sinus-Verlag ein Reader zur *„Deutschen Identität"*, dem Schlüsselbegriff der Neuen Rechten, der nach außen hin an die Stelle des Rassebegriffs getreten ist. Herausgegeben ist das Buch von *Caspar von Schrenck-Notzing* und Armin Mohler; mit den Autoren Hans-Joachim Arndt, Helmut Diwald oder Robert Hepp trifft Mohler hier alte Bekannte (Referenten nämlich) aus der Siemens-Stiftung wieder, mit Uwe



Sauermann sogar einen Bundesvorsitzenden des nationalrevolutionären *NPD-Studentenbundes NHB*, mit dem Rechtskonservativen Klaus Motschmann den Vater des heutigen REP-Bezirksverordneten von Schöneberg (Berlin) Markus Motschmann, Sohn der Propagandistin der rassistischen „Evangelikalen", Elisabeth Motschmann, mit Robert Hepp einen der führenden Vertreter rassistischer *„Ausländer-raus!"-Forderungen* der Bundesrepublik. Diwald schrieb 1989 am neuen Parteiprogramm der REPs mit - „Knäuel" eben

(...)

3 die von ihnen geförderte neofaschistische *Weltanschauung der Neuen Rechten* knüpft an alle Teile des Mohlerschen „Knäuels" der „Konservativen Revolution" an. Die maßgeblichen geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus aus den 20er Jahren sind die Quellen, auf die man sich in den Büchern und Zeitschriften der Neuen Rechten um Alain de Benoist oder um das heutige deutsche „Thule-Seminar" seit den 70er Jahren beruft. Die vom „Thule-Seminar" herausgebrachten beiden Übersichtsbände „Das unvergängliche Erbe" (mit einem Beitrag von Mohler und der Creme der französischen „Nouvelle Droite", 1981 im rechtsextremen Grabert-Verlag erschienen) und „Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit" (1988 im Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur erschienen, der der Ludendorff-Sekte nahesteht) stellen die umfassendste in deutscher Sprache verfügbare Wiedergabe der aktualisierten und europäisierten faschistischen Ideologie dar.

Auf den Kern gebracht, stellt sich die Ideologie der Neuen Rechten so dar:

Von einer *antijüdischen* und *antichristlichen* Weltanschauungskritik ausgehend werden die Ideen von Freiheit-Gleichheit-Solidarität als letztlich vorderasiatisch-semitisch und deshalb uneuropäisch abgelehnt, das Christentum als Erbe des Judentums (Gleichheit aller Menschen vor Gott), der Liberalismus als Erbe des Christentums (Gleichheit aller Menschen vor dem bürgerlichen Gesetz), der Sozialismus als Erbe des Liberalismus (zusätzlich soziale Gleichheit aller Menschen) abgelehnt. Das Prinzip der Gleichheit der Menschen mit seiner Konsequenz der Demokratie werde Europa als Fremd-Weltanschauung vor allem von den USA aufgedrängt, die seit dem Sieg über den Faschismus gemeinsam mit der UdSSR Europa kolonialisierten; die Gleichheitsidee diene heute dem *US-Kapital* dazu, seine Produkte in gleicher Weise überall auf einem egalitären Weltmarkt zu verkaufen. Das *„System von Jalta"* sei ebenso wie das damalige „Joch von Versailles" (nach dem Ersten Weltkrieg) sowohl ein Mittel kultureller Überfremdung als auch wirtschaftlicher Unterdrückung. Europa müsse sich von dieser *Kolonialisierung* durch „raumfremde Mächte" mit einer „Kulturrevolution von rechts", mit einem Bekenntnis zu seinen angeblich *„eigenen"* Werten und Anschauungen befreien. Ideologisches Instrument hierfür sei der „Befreiungsnationalismus", der eine neue wirtschaftliche (und kulturell gestützte) „Großraumordnung" Europas schaffe. Der *Identitat Europas* entspreche eine Ideologie des Neuheidentums, aus der das Prinzip der *Ungleichheit der Menschen* mit seiner Konsequenz der Eliteherrschaft weniger selbsternannter Führer abgeleitet wird. Allgemein gültige Menschenrechte gebe es ebensowenig wie „die Menschheit"; vielmehr bestimmten sich Weltanschauung, Moral, Recht, soziale Position, Staatsverfassung völkisch, nach angeblichen Volksbesonderheiten („Identitäten") je verschieden. Wenn für Israel Demokratie und Gleichheit der Menschen gut sei, dann noch lange nicht für Europa. Getrennte Entwicklung kulturell-biologischer Einheiten *(Apartheid)* sei zum Erhalt der jeweiligen „Identitäten" nötig, ein Zerfall der „Identitäten" führe zur Dekadenz Angeblich ureuropäische Naturmythen begründen in der neurechten Ideologie einen radikalen Biologismus, in dem „Natur" und nicht etwa gesellschaftliche Vereinbarungen der Menschen die Geschichte bestimmen soll. Der als altgermanisch ausgegebene Glaube an das *„Schicksal"*, das alles vorbestimme und kaum eine Entscheidungsfreiheit, sicher keine Durchlässigkeit der Gesellschaft zuläßt, prägt die Vorstellung von Gesellschaft und Staat: eine „Gemeinschaft", ein ganzheitliches Gefüge, in dem jedes Individuum seinen vorgegebenen Platz hat, an dem es sich bewähren muß (Mohler, Schrenck-Notzing oder Kaske „natürlich" oben, die SiemensArbeiterInnen „natürlich" unten). Dieser Staat ist antidemokratisch, eine Diktatur der angeblich wissenden Elite. Der Glaube an „Schicksal", an „kosmische Vorbestimmtheit" und das Sicheinfügen in seine „Identität" verschaffe Zugang zum *„Heil"*, nicht etwa der Glaube an ein besseres Jenseits oder die Bemühungen um ein besseres Diesseits. Die Bedingungen der Verteilung der individuellen und völkischen „Schicksale" bleiben okkult, allenfalls über „deutsche Mystik" und eine Annäherung an *„kosmisches Bewußtsein"* würden sie zugänglich. Aus einem nur mystisch erfahrbaren Pantheismus, der das kosmische Göttliche in gleicher Weise in den Phänomenen der Natur und der Geschichte erkennen will, also auch in *jedem* menschlichen Handeln, wird die Göttlichkeit des Europäers gefolgert: *„Wir handeln an Gottes Statt"*, so Sigrid Hunke, die herausragende deutschsprachige Ideologin der europäischen Neuen Rechten, mit ihren historischen Verbindungen zur SS. Der so konstruierte *„faustische Mensch"* einerseits schicksalsergeben, andererseits seine ihm je verschieden vorgegebenen Möglichkeiten mystisch wie wissenschaftlich erkundend und qua eigener Göttlichkeit in jedem Falle für die Mehrung seines Nutzens ausprobierend, fordert schließlich selbst die Evolution heraus. Die Identität des Europäers teile sich in gleicher Weise in die weltanschauliche Verankerung im Naturmystisch-Okkulten wie in die doch gerade von *ihm* entwickelte *Technik*, beides erst mache den „faustischen Menschen" aus. Seiner Identität werde der Europäer nur gerecht, wenn er die Technik auf ihrem jeweiligen Stand der Entwicklung nutze und ausschöpfe, heute also insbesondere die Hochtechnologie, die Astronomie/Weltraumforschung und die Gentechnik.

Im Prinzip ist diese weltanschauliche Basis des Faschismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Ideologen wie Paul de Lagarde (nur scheinbar romantisch-zivilisationskritisch) oder Houston Stewart Chamberlain (der von den Fortschritten der europäischen Zivilisation ebenso begeistert war wie von Goethes „Faust") bereits vollständig ausgearbeitet. Die Neue Rechte der 70er/80er Jahre bringt im Vergleich z.B. zu Chamberlains Hauptwert „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (1899) lediglich Aktualisierungen, die die alte Ideologie den neuen Problemen und den Elite-Zielen am Ende des 20. Jahrhunderts anpassen. So leistet sie dieselbe Aufgabe für die 90er Jahre, die die Vertreter der „Konservativen Revolution" für die 20er Jahre leisteten.

(...)

4 1985 erschien eine von Armin Mohler zusammengestellte Dokumentation *„Fünfundzwanzig Jahre Carl Friedrich von Siemens Stiftung"*, die eine Auflistung der *Veranstaltungen der Stiftung* seit ihrer Gründung enthält. Hieraus wird ersichtlich, daß die Siemens-Stiftung seit dem Beginn der 60er Jahre alle Komponenten des *„faustischen Menschen"* darstellen und behandeln ließ, daß immer die neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse und Anschauungen auf ihre Brauchbarkeit für eine Reform der altrechten Ideologie abgekopft wurden. Von den jeweils konkreten Anknüp-

fungspunkten abstrahiert und auf die Ebene des Westentlichen gebracht, erscheint Mohlers Auflistung wie ein moderner Querschnitt durch die Themen von Chamberlains „Grundlagen des 19. Jahrhunderts". Es finden sich Darstellungen „konservativer Revolutionäre" wie Oswald Spengler, es findet sich die Diskussion von Elite-Konzeptionen, die Darstellung neuheidnischer „Heils"-Wege (Okkultismus, „Parapsychologie", die historische „Thule-Gesellschaft", europäische Urmythen), biologistische Ausführungen, Betrachtungen zu einer ganzheitlichen Ethik, zum „Schicksal", für einen Elektrokonzern interessante neueste naturwissenschaftliche Ergebnisse, Astronomie und Hightech-Weltraumforschung, die naturwissenschaftlichen Grundlagen „kosmischen Bewußtseins", Gentechnik, völkische Betrachtungen und Stammesgeschichte, die Konzeption des „Europa der Vaterländer" (ein ursprünglich von der Waffen-SS herkommendes, von De Gaulle lediglich adaptiertes Konzept des nationalistischen, ethnopluralistischen Europa), der europäisch-amerikanische Konfikt, „abendländische" Kunst im Sinne Chamberlains oder Überlegungen zum „Ernstfall", dem diktatorischen Ausnahmezustand im Sinne des Nazi-Kronjuristen Carl Schmitt. Auch populistische Übersetzungen faschistisch-intellektueller Theorie wie das Thema des angeblichen Aussterbens der Deutschen fehlen nicht. Die Referentenliste seit 1961 ist, wo sie keine Technik-Wissenschaftler aufweist, ein kleines „Who is Who" der Neuen Rechten in den 80er Jahren: Karl Steinbuch, Otto Habsburg, Konrad Lorenz, Eibl-Eibesfeld, Helmut Diwald, Peter Berglar (Humboldt-Gesellschaft, Opus Dei), Bodo Scheurig (ein Publizist aus dem nationalrevolutionären rechtsneutralistischen Umfeld), Hermann Lübbe, Günter Bartsch (aus der nationalrevolutionären Szene), der Carl-Schmitt-Apologet Julien Freund (über den faschistischen Vordenker Georges Sorel), Hans-Jürgen Eysenck (der ein Vorwort in dem Thule/Grabert-Buch „Das unvergängliche Erbe" schrieb), Bernhard Willms, Robert Hepp, Christa Meves, Peter Hofstätter (der 1941 die Judenselektion mit damals neuen psychologisch-statistischen Methoden rationalisieren wollte), Ernst Nolte (der hier bereits 1980 den Historikerstreit beginnt), der Carl-Schmitt-Apologet Helmut Quaritsch, Hans-Joachim Arndt.

Helmut Diwald ist 1989 am Entwurf des Parteiprogramms der REPs beteiligt. *Konrad Lorenz* und sein Schüler *Eibl-Eibesfeld* sind die modernen, scheinbar unverdächtigen Quellen für den Biologismus Alain de Benoists und der gesamten „rassistischen Internationale" (Billig), weil man ja den Nazi-Rassisten Hans F.K Günther nicht mehr offen zitieren kann. *Gonter Bartsch* ist der herausragende Insider-Kenner der nationalrevolutionären Szene der 70er/80er Jahre in der Bundesrepublik. *Julien Freund* ist Vordenker der Neuen Rechten, schreibt z.B. in der Thule-Seminar-Zeitschrift *„Elemente"* mit Pierre Krebs, Benoist, Hunke, Faye (über Carl Schmitt; Benois über den 20er-Jahre-„Jungkonservativen" Moeller van den Bruck, Hunke über Neuheidentum usw.). In der von *Quaritsch* mit herausgegebenen Zeitschrift „Der Staat" läßt sich Freund über die Möglichkeiten einer Amnestie für NS-Verbrecher aus - als „ein politischer und kein ethischer Akt, genauso wie Soldaten ins Gefecht ziehen", als „Preis für den Normalzustand" (S.187/189) und als „Ausnahmezustand" im Sinne Schmitts. Quaritsch selbst lobhudelte z.B. in seiner Zeitschrift anläßlich einer Buchbesprechung der „Festgabe für Carl Schmitt zum 80. Geburtstag" Julien Freund; bei der Gelegenheit ließ er sich über Schmitts Vortrag „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfreie Mächte" aus, Begriffe der Zeit des Nazi-Weltkrieges, die z.B. das Europa-Programm der NPD heute wieder aufgreift. Der „Normalzustand" ist für diese Ideologen der, den Ernst Nolte mit der Entsorgung deutscher Geschichte im Historikerstreit herbeiführen wollte.

Inhalte dieser unter Beteiligung der Siemens-Top-Manager abgelaufenen „Fünfundzwanzig Jahre Carl Friedrich von Siemens Stiftung" finden sich in den genannten Thule-Seminar-Büchern als Grundlage des Neofaschismus wieder.

So wie Le Pen der Populist der „Nouvelle Droite", ist der <u>*REP-Chef Franz Schönhuber*</u> der Populist ihres deutschen Ablegers, der Neuen Rechten. Armin Mohler zählt zu den engsten Beratern Schönhubers, er ist seit Anfang an „dabei". Am 26./27. November 1983 gründete sich in München die Partei „Die Republikaner". Am 7. Dezember 1983 gründete sich ein Gremium namens *„Deutschlandrat"*, in dem extremistische Intellektuelle die Ideologie der Neuen Rechten auf ein massenpolitisch brauchbares und wählbares Niveau herunterkonkretisierten. Teilnehmer: Franz Schönhuber, Armin Mohler, Hellmut Diwald, Hans-Joachim Arndt, Robert Hepp, Bernhard Willms und Wolfgang Seiffert, fast alle Referenten der Siemens-Stiftung. Ihr in „Criticon" veröffentlichter Aufruf meint: „Wir wollen wieder eine normale Nation sein". Den Namen „Deutschlandrat" übernahm man von einer Einrichtung der nationalrevolutionären rechtsneutralistischen Gruppen der 50er Jahre um den Publizisten Wolf Schenke, wie die meisten seiner damaligen Mitstreiter ein ehemaliger HJ-/SA-Funktionär, also dem „konservativ-revolutionären" Flügel *innerhalb* der NSDAP angehörig.

(...)

Niemand wundert sich mehr, daß der Leiter der Landeskommission für Wirtschaft der REPs in Berlin, W. Bogen, auch stellvertretender Vorsitzender der Berliner Elektroindustrie war - Siemens ist der größte Elektrobetrieb in Berlin.

Warum läßt eines der größten elektrotechnischen Unternehmen der EG (nach Umsatz das zweitgrößte Metallunternehmen Westeuropas, nach Beschäftigtenzahl das größte; nach Umsatz das fünftgrößte Industrieunternehmen des EG-Binnenmarktes; nach Umsatz der zweitgrößte Computer-Anbieter in Europa, hinter IBM) die von ihm finanziell und personell unterstützte und kontrollierte Denkfabrik nach Inhalten neofaschistischer Ideologie ausrichten, ja sogar: diese Ideologie mitentwickeln?

5 In den nächsten Jahrzehnten werden etliche industrielle Schwellenländer die Fertigprodukte selbst herstellen und billiger auf den <u>*Weltmarkt*</u> werfen, von denen das EG-Kapital vor zwanzig Jahren noch lebte. Eine Umstellung Europas ist nötig. Als Ziel ist das *Hochtechnologie-Monopol* angepeilt, weil das EG-Kapital hier einen uneinholbaren Vorsprung vor den regionalen Kapitalien der Trikont-Länder sieht. Gegen die Produktionspreise der Billiglohnländer kommt das EG-Kapital nicht an. Eine seiner Zeitschriften, das „Industriemagazin", brachte im April 1989 einen „High-Tech Report" als Sonderheft heraus, der eine Losung des Problems in der EDV-Durchstrukturierung der Produktionsprozesse sieht: „Höchste Automation contra Billiglöhne", computergesteuerte Fertigungsprozesse, in die in den nächsten Jahren Milliarden DM investiert werden. Als mögliche High-Tech-Konkurrenten sind lediglich das japanische und das US-Kapital zu fürchten. Der Wettlauf um den *64-Megabit-Chip*, den Computer-Superchip, ist in vollem Gange. Nach Meinung des Wissenschaftlers Ingolf Ruge, seit 20 Jahren (und über die Regierungen hinweg) Berater des Bonner Forschungsministeriums, wird der *Superchip, als industrieller Rohstoff* in zehn Jahren die Stellung einnehmen, die das Erdöl vor zehn Jahren hatte: Ziel des EG-Kapitals muß es also sein, ihn konkurrenzlos zu verkaufen. Im Wettlauf um dieses Weltmonopol sind nach Ruge (SPIEGEL-Interview, Nr. 17/1989) nur noch die EG und Japan auf aussichtsreichen Positionen. „Die Chips werden künftig, anstelle des Rohöls, der alles entscheidende Rohstoff sein...Wenn die Japaner allein die Hand auf der Mikroelektronik haben, können sie natürlich letztlich auch einer Weltfirma wie BMW die Technik diktieren. Wollen Sie das?" Die Japaner (von Ruge im Stil des Nazi-Antisemitismus als hinterlistige asiatische Dämonen beschrieben: „Das Ziel der Japaner - die haben ja ein Ziel, die haben ja für alles Ziele - ist das Weltmonopol für Chips...Ich halte die Japaner für noch schlauer, als wir ohnehin schon glauben") hätten einen entscheidenden Vorteil: „Es stört den Stolz und das Selbstverständnis der Japaner, irgendwo abhängig zu sein...Der Erfolg der Japaner liegt einmal in ihrem Fleiß, in ihrer Sorgfalt, in ihrem *Nationalbewußtsein*, zum anderen aber in ihrem System der engen Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft. Davon können wir nur lernen." Preußische Sekundärtugenden, nationale Identität und faschistische Planwirtschaft - Faktoren, die die Zeitschrift „Criticon" bereits Mitte der 70er Jahre in einem Bericht über die französische „Nouvelle Droite" als die zentralen Punkte von deren Diskussionspapier „Frankreich in Europa" herausstellte.

Neben der Computertechnologie und - schon wieder weniger historisch als noch vor Jahren - der „faustischen" *Atomindustrie* (Siemens als

Hersteller von Atomkraftwerken und Atombrennstoffen !) ist es vor allem die *Biotechnologie*, von der sich das EG-Kapital den Aufstieg zur Nummer 1 in der Welt erhofft. Nach einem Bericht der IG Metall-Zeitung „metall" vom 25.8.89 ist man in der Brüsseler EG-Bürokratie davon überzeugt, die Biotechnologie werde zur „Schlüsselindustrie, von der angeblich Europas Wohlstand abhängt". Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Carl Hahn, vertrat bei einem Vortrag des Gesprächskreises „Wirtschaft und Politik" der Friedrich-Ebert-Stiftung am 13.10.1988 die Meinung, die Biotechnologie sei „die neue Zukunftsindustrie, die revolutionär ist und die Welt bereits verändert".

Als den Hauptgrund für die Daimler-Benz-MBB-Fusion nannte der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG Edzard Reuter immer wieder den Aufbau einer *europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie*.

Wie praktisch, daß für die Absicherung der Weltmarkt-Pläne, des EG-Kapitals in den Köpfen der Menschen bereits der ideologische Überbau, das Mohlersche *„Knäuel"*, bereitsteht: Die „eigene" europäische Identität gegen die japanische und die us-amerikanische; der biologistische Kampf ums Dasein mit dem Recht des Stärkeren, ethisch als Handeln an Gottes Statt abgesichert; die Notwendigkeit der Befreiung von „Amerikanismus" und asiatischer Überfremdung, diesen „raumfremden Mächten", die man schon in der Unterhaltungselektronik als populistische Variante der Hightech erkennt; der „faustische Mensch", der nicht vor der Atomkraft und schließlich auch nicht vor der Gentechnik erschaudert, sondern die Wette des Dr. Faustus mit dem Satan willig einzugehen bereit ist. Auch für den „Ernstfall" als dem diktatorischen „Ausnahmezustand" ist vorgesorgt. Damit die Massen nicht ihre dem EG-Kapital-Weltherrschafts-Wahn entgegenstehenden Interessen einfordern können, wird der Staat elitär, ganzheitlich-organisch verfaßt. Kämpfe um Interessen sind nicht mehr legitim, nur noch okkultes „Schicksal".

Sigrid Hunke, bundesdeutsche Chefideologin der „Neuen Rechten" vom „Thule-Seminar" und auch in dem zitierten Buch „Mut zur Identität" mit einem Grundsatzartikel vertreten (vgl. 3.), die bis Herbst 1988 fast 20 Jahre lang Vize- und Ehrenpräsidentin der neuheidnischen Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", in der sich nach 1945 Anhänger und enge Mitarbeiter des NSDAP-Ideologen Alfred Rosenberg zusammenfanden. Der heutige Präsident der Sekte, Horst Prem, ist als Ingenieur in der geheimen Entwicklungsabteilung des Waffen und Weltrumkonzerns Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in Ottobrunn tätig. Alles nur Zufall? Der Onkel des Daimler-Benz/MBB-Fusionärs Edzard Reuter, Otto Sigfrid Reuter, war trotz seiner jüdischen Abstammung vor 1933 Chef einer völkisch-rassistischen, „deutschgläubig"-neuheidnischen Bewegung - es ist ja nicht die Linke, die so viel Wert auf Sippe legt!

Die neofaschistische Ideologie der Neuen Rechten paßt (...) zu den Interessen des EG-Kapitals am Ende dieses Jahrhunderts. Gibt es eine bessere Erklärung für das Aufpäppeln des Neofaschismus durch die Siemens-Stiftung?

Die Hochtechnologie-Entwicklungen kosten Milliarden DM an Investitionen. Milliarden für den Airbus, für die Europäische Weltraumagentur, Milliarden für Jessi und den Superchip. Sie kommen überwiegend als staatliche Subventionen aus den Steuergeldern der EG-Bürger oder aus den Gewinnen der Konzerne. Das Geld muß erst mal beschafft werden. Zum Beispiel durch Senkung der Unternehmenssteuern, zum Beispiel durch Senkung der öffentlichen Ausgaben für Soziales. Die *soziale Einsparungspolitik* der Konservativen heißt z.B.: Die Industrie hat an der Facharbeiterausbildung gespart, viele Arbeitsplätze für Facharbeiter sind nicht besetzbar. Trotzdem werden die Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit für Umschulungsmaßnahmen bei Langzeitarbeitslosen gekürzt. Die Langzeitarbeitslosen können also die freien Arbeitsplätze mangels Qualifikation nicht besetzen. Aber es stehen ja schon Massen von DDR-Übersiedlern bereit, die als qualifizierte Facharbeiter nach kurzer Eingewöhnung das Problem viel billiger lösen. Die auf der Strecke Gebliebenen folgen mangels linker Perspektive den Ausländer-raus-Parolen der REPs. Die Gewerkschaften schließlich, so will es Schönhuber laut REP-Parteiprogramm durchsetzen, wenn er erst mal stark genug ist und der soziale Flügel der Konservativen nicht mehr auf ihn verzichten kann, die letzten Linken fallen dann der Repression anheim, wie die Gegner der Atomkraft und der Gentechnologie heute schon. Die Faschismus-Spirale schlägt alle Fliegen mit einer Klappe.

Die Siemens AG profitiert von dieser Spirale. Um als Teil des EG-Kapitals auf dem Weltmarkt mithalten zu können, schmiedet ihr Vorstandsvorsitzender Karlheinz Kaske zur Zeit einen schlagkräftigen Konzern. Sein Kollege Hermann Franz im April 1989 zum „Industriemagazin": „In fünf Jahren wird Siemens ein anderes Unternehmen sein und in Europa eines der aggressivsten". Dann geht es los gegen die *„raumfremden Mächte"*, mit einem neu erstarkten *„Wir-Gefühl"*: Was der Nationalismus für die schon historischen nationalen Kapitalien leistete, bringt heute der Euro-Chauvinismus für das mit dem Binnenmarkt ab 1993 zum Platzen starke EG-Kapital.

Auf dem Weltmarkt herrscht der Kampf ums Dasein, der Schwächere wird weggeputzt, notfalls mit Gewalt.

6 Die Spitzen der Verfassungsschutz behörden weigern sich beharrlich, die REPs als rechtsextremistisch einzustufen und zu beobachten. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Gerhard Boeden (früher Leiter der Abteilung Terrorismus beim Bundeskriminalamt) sagte am 23.7.89 in der (...) BILD AM SONNTAG: „Die Republikaner sind für mich derzeit noch Radikale. Doch: Wenn der Zulauf von NPD und DVU zunimmt, dann werden sie in zwei Jahren rechtsextrem sein. Dann werden sie Herrn Schönhuber aus seinem Amt als Vorsitzenden verdrängen". Solange aber Mohler-Spezi „Herr Schönhuber" im REP-Boot sitzt, läßt der Verfassungsschutzpräsident es nicht untergehen.

Wie die IG Metall bekannt machte, überwachen die Verfassungsschutzbehörden im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsministerium die ArbeitnehmerInnen etlicher Großunternehmen. Dies geschieht ohne gesetzliche Grundlage, teilweise den Bestimmungen des Grundgesetzes widersprechend. Bei der Siemens AG in München wurden, nach einem Urteil des Münchner Arbeitsgerichtes gesetzwidrig, Neueinstellungen nur nach einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz vorgenommen. Der Hamburger Verfassungsschutzpräsident Christian Lochte bekannte am 19.1.1988 in der Süddeutschen Zeitung offen, daß derartige Massenüberprüfungen *„der politischen Selektion"* dienten, weil es Sabotageaktionen (die offizielle Begründung für die Schnüffelpraxis gegen Linke) so gut wie gar nicht gebe. Der bayrische Verfassungsschutzpräsident Hubert Mehler machte in der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 21.1.1988 deutlich, um welchen „Sabotage"-Begriff es eigentlich geht: „Sabotage von innen kommt häufiger vor als öffentlich bekannt wird". Dabei brauche nicht grundsätzlich von „extremistischer Gesinnung" ausgegangen zu werden. Der subtilere Weg sei vielmehr der, „durch Kampfparolen Unzufriedenheit in der Belegschaft zu schüren". Die Gewerkschafter erscheinen als die Saboteure. Die *Einschüchterung der Gewerkschafter* wäre ein Ziel dieses Verfassungsschützers, der von ihm partout nicht beobachteten REPs und der Siemens AG, die durch eine rege Zusammenarbeit über Regelanfragen als Auftraggeber des Verfassungsschützers auftritt.

Wer könnte ernsthaft vom Verfassungsschutz verlangen, die politischen und ideologischen Interessenvertreter seiner Auftraggeber zu überwachen, wo doch diese Auftraggeber gerade erst jahrelang, mühevoll und mit erst anfänglichem Erfolg diese Interessenvertreter durch den Einsatz von Geld und Personal in ihren Denkfabriken aufgebaut haben? Mitgearbeitet am neuen „Parteiprogramm 1990" der REPs hat auch Klaus Hartel, Amtmann im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz (DER SPIEGEL, Nr.48/1989). Der Bundesnachrichtendienst BND wurde sogar schon von der Großindustrie finanziell gesponsert: zur RAF-Terroristen-Jagd; allerdings wurde die Geldspende Ende der 70er Jahre von *Flick* organisiert (DER SPIEGEL, 11.11.1985).

7 *Tradition.* Die gute Zusammenarbeit des Siemens-Konzerns mit (...) faschistischen Regimes wie Pinochets Chile, das Brasilien der Militärs (in Sachen Atom) oder Salazars und Caetanos Portugal (Cabora-Bassa-Staudamm-Kraftwerk in der damaligen Kolonie Mosambik) stehen nicht allein als Praxis neben der Theorie in der Siemens-Stiftung. Die amerikanischen Sieger über den Faschismus schrieben in „OMGUS: Ermittlungen gegen die DEUTSCHE BANK" (Nördlingen 1985, *S.124*): „Die Firma Siemens war (im Hitler-Deutschland, P.K~) nach den IG Farben und den Vereinigten Stahlwerken der drittgrößte Industriekonzern in Deutschland. Sie war das größte elektrotechnische Unternehmen Europas und das zweitgrößte auf der Welt" - zur Zeit der „Neuordnung Europas" durch die Faschisten. „1937 waren 85% der Produktionskapazität für die Herstellung von Erzeugnissen eingesetzt, die direkt oder indirekt mit der Wiederaufrüstung zusammenhingen, und während des Krieges ging ein noch größerer Teil der Produktion von Siemens in die Rüstung" (ebd.).

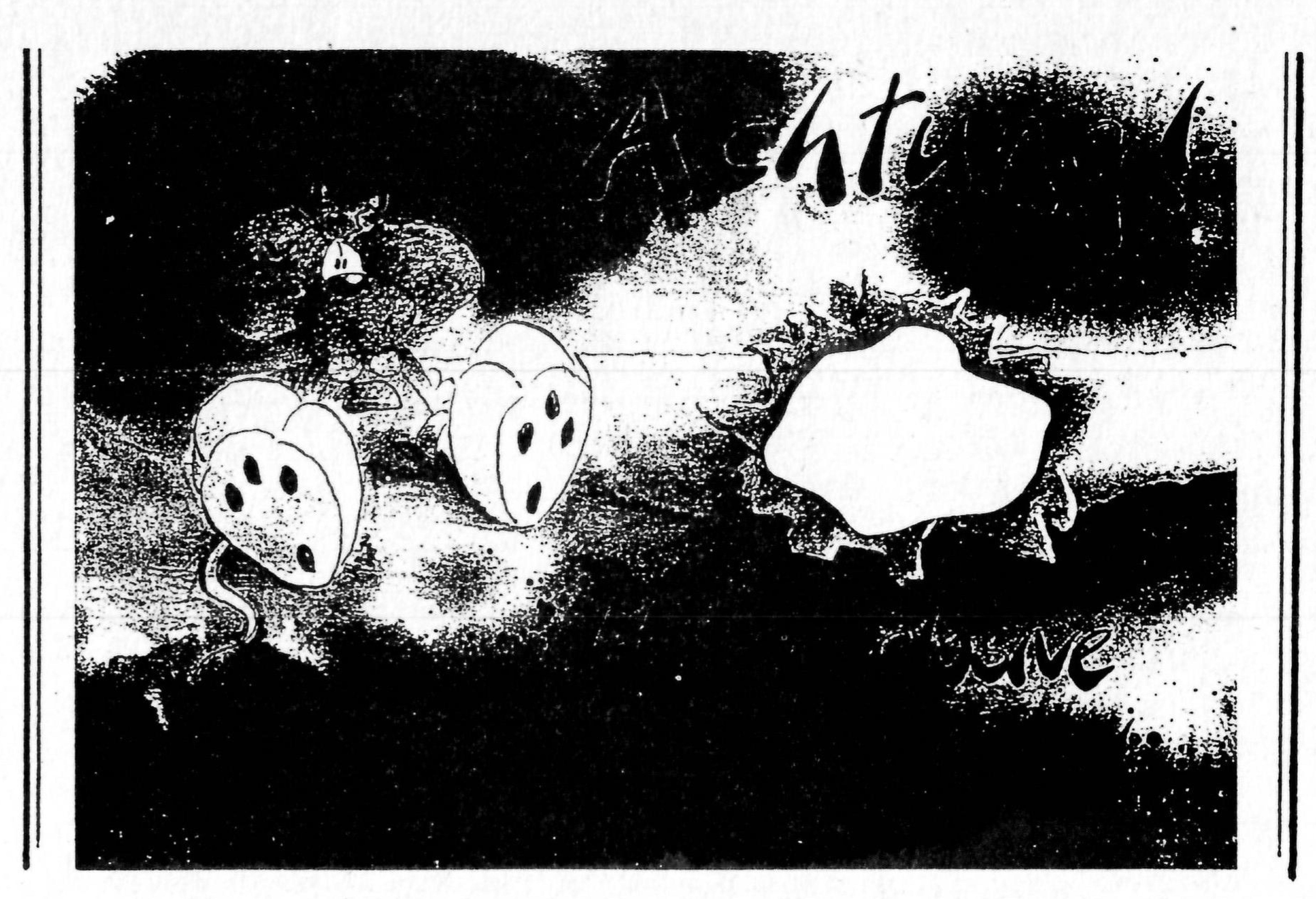
Die damalige „Siemens-Studiengesellschaft für parapsychologische Wissenschaften e.V." veranstaltete 1933 den *„Siemens-Lehrgang suggestive Redekunst"* (Bad Homburg 1933) - reich bebildert mit dem als Vorbild ausgegebenen italienischen Faschisten-Führer *Mussolini*: „Mussolini in einer großen Rede für den Weltfrieden". Peter Ferdinand Koch (1988) dokumentiert eine Rechnung der SS eigenen „Deutschen Ausrüstungs Werke", Filiale *Auschwitz*, an die Siemens-Werke (S.216). Er nennt unter den Industrieunternehmen, die *KZ-Häftlingslöhne* abzuführen hatten, auch Siemens (S.88): „Das jeweilige KZ berechnete die Tagessätze der KZ-Arbeiter den jeweiligen Firmen, die direkt auf das Konto des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes bei der Reichsbank überwiesen" - Teil der faschistischen Planwirtschaft, „Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft", vgl. 5. Zum „Freundeskreis Reiseführer SS" zählt Koch auch Siemens (S.30): „Jährlich wurde ab 1936 eine Million Reichsmark als ‚Spende' deklariert an Heinrich Himmler abgeführt", neben Deutscher Bank oder Flick zahlte auch Siemens.

F.C. Delius schreibt in seinem bekannten, zensierten Buch „Unsere Siemens-Welt" (Berlin 1982; Erstauflage 1972): „Dem ‚*Freundeskreis* der *NSDAP*' und späteren Keppler-Kreis gehörte der führende Siemens-Mann Rudolf Bingel an; außerdem der mit Carl F. (d.i. Carl Friedrich von Siemens, Namensgeber der von Mohler geleiteten Stiftung, P.K.) eng befreundete Albert Vögler. Erst im Oktober 1931 und weit weg von der deutschen Öffentlichkeit, in New York, vor amerikanischen Industriellen, gab Carl F. von Siemens seine Ansicht ‚vertraulich und rückhaltlos' bekannt. Er sprach sich gegen den relativ gewerkschaftsfreundlichen Kurs Brünings aus, gegen Tarifrecht und Sozialpolitik. Er erkannte' die Bekämpfung des Sozialismus als das Hauptziel der NSDAP und gab zu erkennen, was ihn, den liberalen Unternehmer, mit Hitler verband:

‚Hitler hat seine wirklichen Anhänger zu starker Disziplin erzogen, um revolutionäre Bewegungen des Kommunismus zu verhindern'. Siemens lobte die NSDAP als ein ideelles Bollwerk gegen die materialistischen Bestrebungen und setzte *Vertrauen* in *Hitlers Legalitätspolitik*, der er die kommunistische Revolutionsdrohung entgegenstellte, obwohl er als Realpolitiker von der Zerstrittenheit der Arbeiterbewegung wußte...Nach dem Stimmenrückgang der NSDAP bei den Wahlen vom November 1932 schrieben die führenden Unternehmer einen Brief an den Reichspräsidenten Hindenburg. Sie begrüßten ‚durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland', die nationale Bewegung und empfahlen, das Parlament aufzulösen und die Leitung der Regierung ‚an den Führer der größten nationalen Gruppe' zu übertragen. Zu den vorgesehenen Unterzeichnern gehörte, als einer der wenigen Vertreter der (damals noch, P.S.) liberalen Elektro- und Chemieindustrie, auch Siemens. Die Weichen für die Machtergreifung waren gestellt" (S. 24f). Zur faschistischen Planwirtschaft, die die „Neue Rechte" in Schrenck-Notzings „Criticon" wieder vorschlug (vgl. 5.), gehört auch dies: „So berief Hitler 17 führende Industrie- und Parteivertreter in einen ‚Generalrat der deutschen Wirtschaft', in dem neben Siemens auch Krupp, Thyssen, Vögler und Bosch saßen" (S.25). „Zur direkten Unterstützung der Parteiaufgaben richtete man die ‚Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft' ein, an die auch das Raus Siemens jährlich etliche Millionen abführte" (S. 26). Dehus berichtet, daß mindestens neun Siemens-Vorstände den Titel eines „Wehrwirtschaftsführers" trugen. Weiter: „Wie andere große Konzerne hatte auch Siemens mehrere Firmen-Lager, die oft mit KZs verwechselt wurden. So beherbergte das Lager Berlin-Haselhorst etwa 2.500 Menschen, darunter Kinder von 10 bis 14 Jahren, meist Ausländer. Den Häftlingen ging es nicht wesentlich schlechter als bei andern Firmen, sie verrichteten schwerste Arbeiten und konnten oft nur mit verfaulten Nahrungsmitteln durchgebracht werden. Jeden Monat wurden die jeweils 100 Schwächsten zwecks anderweitiger Verwendung ins KZ Sachsenhausen überführt" (S.29).

Ende 1989 erscheint in großen deutschen Illustrierten und Zeitungen die Anzeige der Siemens AG: „Siemens. Problemloser Anschluß hat manche Karriere begründet. Wer wachsen will, muß sich an Größere halten. Denn von Größeren bekommt man oft Dinge, die für die eigene Entwicklung von größtem Vorteil sind". Die Anzeige bezieht sich auf PCs.





PRESSE- (und sonstige) -ERKLÄRUNG

Angestachelt von scheinheiligen Aussichten und Bundesanwalt Hofmann durchsuchten diverse Staatsdiener am 30.1.97 mindestens 4 Wohnungen und einen Redaktionsraum der 'Jungen Welt' in Berlin. Organisiert wurden die Überfälle von der 'Sonderkommission radikal' des Berliner Staatsschutzes, und zumindest in einer Wohnung gab sich ein Scherge der Bundesanwaltschaft aus Karlsruhe zu erkennen.

Den Durchsuchungen liegen Ermittlungsverfahren gegen 3 Leute (Jean R., Meike Hassler und Wolf-Dieter Vogel von der 'Jungen Welt') wegen *"Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal, Werbens für eine terroristische Vereinigung"*, etc. pp. zugrunde. Diese Verfahren wurden Anfang 96 von der Bundesanwaltschaft eingeleitet und zwecks weiterer Ermittlungen im April 96 an den Staatschutz in Berlin übergeben.

Die Durchsuchungsbeschlüsse stellte der Ermittlungsrichter des BGH im November 96 aus. Nur im Falle des 'Junge-Welt'-Redakteurs findet sich ein Hinweischen zum *"Tatverdacht, der auf der Auswertung umfangreicher Unterlagen gründet, die bei Durchsuchungen am 13.Juni und 19.Dezember sichergestellt und beschlagnahmt wurden"*.

zu Wolf-Dieter Vogel ist uns nicht wesentlich mehr bekannt als das, was in der 'Jungen Welt' vom 31.1. + 1.2. steht. Meike ist in der Solibewegung zum radikal-Verfahren aktiv, Jean ein Freund.

Das Klima während der Einfälle war eklig ("Ich weiß, Sie sind aufgeregt, weil wir Sie hier überfallen"), aber relativ sachlich. Bei den zuletzt Genannten schnüffelten die Lakaien 2-4 Stunden, wobei sie auch Räume von MitbewohnerInnen nicht aussparten. Erbeutet wurde Schriftkram, Adressbücher, fortlaufende radikal-Ausgaben, Disketten und Festplatten mit Programmen und persönlichen Unterlagen. Meike Hassler wurden Unterlagen zur regionalen und bundesweiten Soliarbeit entwendet. Sie enthalten Protokolle von Solitreffen, Haftbetreuungsakten, Aktenauswertungen und Prozeßvorbereitungen. Die BAW will informiert sein, was sich in den Soligruppen so tut.

Jetzt wird Akteneinsicht beantragt. Aber Bundesanwalt Hofmann wird sie wegen laufender Ermittlungen nicht gewähren und die Angelegenheit evtl. auf dieselbe lange Bank schieben wie auch andere Verfahren der 2. Kategorie. Vielleicht bis die Prozesse gegen jeweils 4 und 5 Leute der 1. Kategorie in Koblenz und Düsseldorf gelaufen sind.

Stellt sie die Verfahren irgendwann ein, werden die Betroffenen ihre Akten nie zu sehen bekommen und so nie erfahren, aufgrund welcher Behauptungen sie mit polizeilichen Sonderbefugnissen, die sich aus 129/129a-Vorwürfen ergeben, beschnüffelt, observiert und abgehört wurden oder werden. Stellt die Bundesanwaltschaft nicht ein, stehen möglicherweise neue Prozesse an: gegen mittlerweile 7 Leute der 2. Kategorie, denen wie den ersten 9 *"Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal"* vorgeworfen wird, sowie gegen andere, die selbige unterstützt haben sollen. Im Frühsommer wird der Anfang des ersten Prozesses beim OLG Koblenz erwartet.

Wir bemühen uns, ihnen ihr dreckiges Geschäft zu erschweren, und wir fordern alle anderen Betroffenen und Interessierten dazu auf, ausgehend von euren Möglichkeiten dasselbe zu versuchen !

eine Soligruppe/Berlin 1.2.97

Presseerklärung

Stoppen wir die europaweiten Häuserräumungen
Keine Räumung der Omval 45, Sarphatistraat 77, Westermarkt 7 u.a.Projekte in Amsterdam
Die Städte den Menschen, nicht den Banken und Konzernen

-Niederländische Botschaft besetzt
-Internationales Handelszentrum blockiert

Heute um 12 Uhr wurde die Niederländische Botschaft und das Internationale Handelszentrum in der Friedrichstraße von Berliner HausbesetzerInnen besetzt, um auf die bevorstehende Räumungsserie von Wohn- und Kulturprojekten in Amsterdam aufmerksam zu machen und dem Botschafter eine Protesterklärung zu überreichen.
Dabei kam es zu einer Diskussion mit dem stellvertretenden Botschafter G. Kersten, der sich interessiert zeigte und seiner Sympathie mit der liberalen, multikulturell angelegten Verfahrensweise seines Landes gegenüber Hausbesetzungen Ausdruck verlieh.
Konkret sagte er zu, die Protestnote an die Amsterdamer Stadtregierung und an den Amsterdamer Vorstand des Delta-Lloyd-Konzerns, die das Kulturzentrum „Villa Omval" räumen lassen möchte, weiterzuleiten. Außerdem versprach er, die Pressestelle des Außenministeriums zu einer Stellungnahme zu bewegen.
Unterdessen fand im Foyer des Hauses eine Protestkundgebung statt, bei der die Aufzüge blockiert und Flugblätter verteilt wurden. Zum Abschluß der Aktion wurde eine spontane Demonstration zur Humbolc-Universität durchgeführt.
Trotz des friedlichen Verlaufs versuchten ca. 40 PolizistInnen die Aktion zu stören. Sie nahmen illegal im exterritorialen Bereich Personalien auf, obwohl der Botschafter von jeglicher Anzeige Abstand nahm.

AG Freiräume; Pressegruppe, Berlin, den 23.01.97





Niederländische Botschaft besetzt

ND 24.1

(ND). Die Niederländische Botschaft im Internationalen Handelszentrum in der Friedrichstraße 95 ist gestern vormittag von Mitgliedern der AG Freiräume friedlich besetzt worden. Hintergrund ist Aussagen der AG zufolge die bevorstehende Räumung von besetzten Häusern und des Kulturzentrums Villa Omval in Amsterdam. Die Blockade soll die Stadt Amsterdam zu einer Nichträumungsgarantie bewegen.

1.Die Absahner räumen ab:

Eine geplante Räumungsoffensive soll Amsterdam erschüttern. Betroffen sind fünf angestammte Zentren für selbstverwaltete Sozial- und Kulturarbeit. Dem schlechten Beispiel Berlins folgend, soll die Stadt investorenfreundlicher werden. Damit dürfte die liberalere Rechtslage, die angesichts der europaweit hohen Obdachlosenzahlen selbstverständlich sein sollte, europäischen Konzerninteressen zum Opfer fallen.

Exemplarisch ist das Kulturzentrum Villa Omval 45, gelegen am südöstlichen Verkehrsknotenpunkt Amstelstation. Seit 5 Jahren besetzt, beherbergt es 20 BewohnerInnen, eine Vielzahl von Werkstätten, eine Wagenburg und einen großen Kneipen- und Konzertsaal. Die BewohnerInnen renovierten Gemeinschaftsräume und eine Küche und versuchten kollektiv Alltag, Existenzsicherung, politische und kulturelle Arbeit zu verbinden. So diente die Villa auch als Auffangort für Flüchtlinge, die erst dort die Basis fanden, sich ihre Rechte zu erkämpfen. In anderthalb Jahren gewannen die BesetzerInnen 16 Zivilprozesse gegen die Eigentümerin, die Delta Lloyd Versicherungsgruppe, Tochter des weltweit agierenden Banken- und Versicherungskonsortiums Commercial Union International Holding LTD mit Sitz in London.

Der 17. Prozeß ging verloren. Seitdem ist es nur noch eine Frage kürzester Zeit, bis die Lebensgrundlagen der 20 BewohnerInnen und 50 weiterer Menschen in den anderen bedrohten Projekten zerstört werden. **Schon jetzt erinnert die Villa, eingekeilt zwischen bedrohlichen und geisterhaft leerstehenden Hochhäusern, an ein kleines gallisches Dorf.**

2.Der Unsinn der Großprojekte

Das Planungsgebiet Omval wurde seit den 60er Jahren systematisch von dem niederländischen Großinvestor Sedijko aufgekauft. Inzwischen teilen sich die Delta Lloyd und Sedijko das gesamte Bau- und Investitionsvorhaben. Die Anlage des Großprojektes ließ schnell den Verdacht aufkommen, daß es sich um ein Prestigeobjekt ähnlich den Londoner Docklands oder dem Berliner Potsdamer Platz handelte.

Die Londoner Docklands, das Prestigeobjekt der Thatcher-Administration der 80er Jahre, erwies sich trotz gewaltiger Fördergelder als Riesenflop. **Anstatt zum Hochfinanzzentrum, entwickelten sich die Docklands zu einer riesigen Geisterstadt,** zum Großteil bestehend aus Abschreibungsprojekten. Schon dort scheiterte das Konzept des integrierten Büro- und Wohnkomplexes an völlig überzogenen Mieten. Der Leerstand betrug über 50%.

Nach dem gleichen Konzept entstehen sowohl am Potsdamer Platz wie auch am Omval Trabantenstädte, in denen sich Hochhaus an Hochhaus reihen. **Zum Teil als Sozialwohnungen ausgeschrieben, belaufen sich die Monatskaltmieten auf ca. DM 1.900.-** (Am Potsdamer Platz sollen die Mieten noch wesentlich höher liegen). Hinzu kommt, daß die angestammten BewohnerInnen dieses Viertels eher Niedriglohngruppen zuzurechnen sind. Mit dem Bauvorhaben soll also auch das soziale Gefüge dieses Stadtteils gesprengt, die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung durch Sanierungsvorhaben und Mieterhöhungen langsam aber sicher durchgesetzt werden.

3. Europäische Verflechtungen: Eurogipfel und Konzerninteressen

Pünktlich zum bevorstehenden Gipfeltreffen der Europäischen Staats- und Regierungschefs im Sommer 1997 soll beim Gastgeber Amsterdam der „eiserne Besen" der sog. „Inneren Sicherheit" alles auskehren, was der Maximierung von Profiten an unseren Wohn- und Lebensräumen im Weg steht.

Interessant ist die europaweit gleichzeitig durchgesetzte Verschärfung der Repression. So in Spanien und Italien durch besonders brutale Räumungen, sowie Gesetzesverschärfungen in England und eben den Niederlanden, die vor allem die Leerstandsfristen für legale Besetzungen betreffen. Erinnert sei aber auch an das unrühmliche Beispiel Barcelonas, wo erst vor wenigen Jahren ganze Stadtviertel dem Prestigewahn der PolitikerInnen zum Opfer fielen. Vom Lebensraum verkommen die Städte mehr und mehr zur Spielwiese der Banken, Versicherungen und Großkonzerne. Von der „toten Innenstadt" us-amerikanischen Vorbilds, in der mit Büroschluß alle Lichter ausgehen, sind viele Städte West-Europas nicht mehr weit entfernt

Natürlich geht es noch um viel mehr. Grenzenlose Überwachung, Senkung der Lohnniveaus, weitere Abschaffung sozialer Mindeststandards, Abschottung gegen Flüchtlinge...! Was können wir uns von diesem Europa erhoffen, wenn wir nicht aufstehen und Schluß machen mit dem Filz und der Herrschaft von Menschen über Menschen...

Wenn aus Spaß Ernst wird...

Aus schierem Entsetzen möchte ich ein, zwei Sätze loswerden zum Wort zum Donnerstag in der INTERIM vom 23.1. („Kisten, Stalinisten und der 1. Mai"). Im Prinzip stimme ich den beiden Antwort-Beiträgen aus der INTERIM vom 30.1. zu: Bei aller (berechtigter) Kritik an der Antifaschistischen Aktion Berlin oder der RAI war dieser Beitrag dermaßen unter der Gürtellinie und damit jenseits eines politischen Niveaus, daß mir unverständlich ist, wie er überhaupt in die Zeitung kommen konnte. Auf folgende Fragen hätte ich wirklich gerne eine Antwort:

- Wie könnt Ihr ernsthaft oder auch nur pseudo-glossenhaft Leute der AAB als Gulag-Aufseher bezeichnen (merkt Ihr überhaupt, was Ihr da sagt?)?
- Wie kommt Ihr dazu, AAB-Leute zu bezichtigen, Demo-Teilnehmer zusammenzuschlagen? Anwürfe dieser Art müßt Ihr schon belegen - ich war nicht auf der LLL-Demo?!
- Seid wann wird öffentlich diskutiert, ob und wieweit eine Gruppe militant agiert? Wann hat es das letzte Mal in Berlin einen schwarzen Block gegeben, dessen Bildung in der AAB vorwerft?
- Wenn Euch der schwarze Block nicht gefällt und der rote nicht, was eigentlich dann?
- Findet Ihr es lustig, KommunistInnen (derer es wahrlich andere und mehr gibt als in der AAB) zu unterstellen, sie würden Nicht-KommunistInnen erschießen?
- Wer gibt Euch das Recht, die Politik der AAB als „konterrevolutionär" zu diffamieren? Seid Ihr die Oberaufseher der Revolution?

Dieser ganze Text strotzt nur so von Denunziation - daß es auch in der autonomen Szene reichlich durchgeknallte Leute gibt, ist mittlerweile bekannt. Was ich das eigentlich frappierende finde, ist allerdings, wieso die dann auch noch in der INTERIM veröffentlichen dürfen. Seit wann ist die INTEIRM Podium für Texte, die auf einem derart dreckigem Niveau mit nicht näher ausgeführten, teilweise persönlichen Anwürfen arbeiten, deren einziges Ziel die Diffamierung ist? Den eigentlichen Skandal finde ich insofern nicht so sehr diesen Text, sondern eher die Frage, warum die INTERIM-Redaktion ihn veröffentlicht hat - und stattdessen Texte zu Chiapas oder Siemens in den Ordner hat wandern lassen. Könnten Ihr dazu ein, zwei kurze Sätze zur Erklärung schreiben? Gerade angesichts dessen, daß Ihr Euch beklagt, daß Euch immer weniger Leute in Berlin lesen, fände ich das wichtig.

Mir ist völlig unverständlich, wie es passieren kann, daß außer der AAB noch kein einziger Text von undogmatischen Autonomen geschrieben wurde, aber die erste und einzige Stellungnahme zum 1. Mai mit einem solchen Pamphlet beantwortet wird. Dadurch wird ganz en passant auch nötige und sinnvolle Kritik an der AAB-Politik vom Tisch gewischt - Vorwürfe dieser Art kann ein politisch-kritischer Mensch wohl kaum ernstnehmen. Wie wäre es stattdessen mal mit einer eigenen politischen Einschätzung zum 1. Mai? Schließlich rührt ein Gutteil des Erfolges der Antifaschistischen Aktion (der mich teilweise auch nervt) daher, daß sie überhaupt noch Politik macht - was man von vielen Autonomen nicht gerade behaupten kann.

Hans Dampfablasser





EIN BRIEF AN DIE BESETZERINNEN DER ADALBERT-STRAßE 28

Gefunden bei uns im Briefkasten im Sammelumschlag 10 x kopiert. Frau D.'s Info stimmt nicht ganz: Eine Wohnung wurde letzte Woche geräumt, die anderen, die all schon seit mehr als einem Jahr besetzt sind, jedoch noch nie angetastet.

Aufforderung zur wirklich sofortigen-unaufschiebbaren Räumung in jedem Fall

An alle Besetzer (ohne Mietvertrag) des Hauses Adalbertstr. 28 in Berlin!

Schon der vorige Hauseigentümer forderte Sie bis heute wiederholt auf zur Räumung u. räumte wiederholt - verzweifelt sogar mit Polizeieinsatz - doch schon nach einigen Stunden kehrten die Besetzer unverschämt gemeinerweise zurück, so daß ich, die neue Eigentümerin, Sie leider abermals auffordern muß, endlich endlich endlich sofort zu räumen, ansonsten leider gezwungenermaßen erneut zwangsgeräumt werden muß.

Sie werden hoffentlich verstehen + akzeptieren, daß alle Wohnungen vermietet werden müssen. Dringendst benötige ich einen Teil der Wohnungen für Verwandte/Bekannte.

Gern können Sie mich anrufen (Tel. 0761/276342), ob ich evtl. Möglichkeiten sehe, Ihnen nach Ihrer freiwilligen sofortigen Räumung - die in jedem Fall sofort erfolgen muß für immer - behilflich zu sein bei der Suche nach legalem Wohnraum mit Mietvertrag, wobei aber in jedem Fall immer zuerst freiwillig geräumt sein muß für immer.

Mit freundlichen, fast verzweifelten Grüßen

K. [illegible] 23.1.97

EIN BRIEF AN UNS

Berlin, 31.01.97

Hallo!

Ich möchte euch nur eine Kurzmeldung schicken. Ich weiß nicht, ob ihr über das Verfahren gegen Ursel Quack aus Saarbrücken berichtet habt. Jedenfalls wurde sie Ende November `96 vom BGH Karlsruhe als Zeugin vorgeladen wegen des Verfahrens gegen den VS-Spitzel Steinmetz. Ursel machte keine Aussagen und sitzt deswegen in Beugehaft in der JVA Bühl ein. Am 24.01.97 trat Ursel in einen für 10 Tage befristeten Hungerstreik um Ihre Solidarität mit den Forderungen der Botschaftsbesetzer in Lima kund zu tun. Diesen Hungerstreik brach Ursel am 27.01.97 vorzeitig ab, da sie die Information in den Knast bekam, daß ihre Genossin an einer tödlichen Krankheit leidet. Die Genossin wird bis zu Ursel`s Haftentlassung nicht mehr leben.
Es wäre nett, wenn ihr diese Information veröffentlichen würdet.
Danke und Tschüs!

Ursel`s Adresse: Ursel Quack
JVA Bühl
Hauptstr. 94
77815 Bühl



INFO

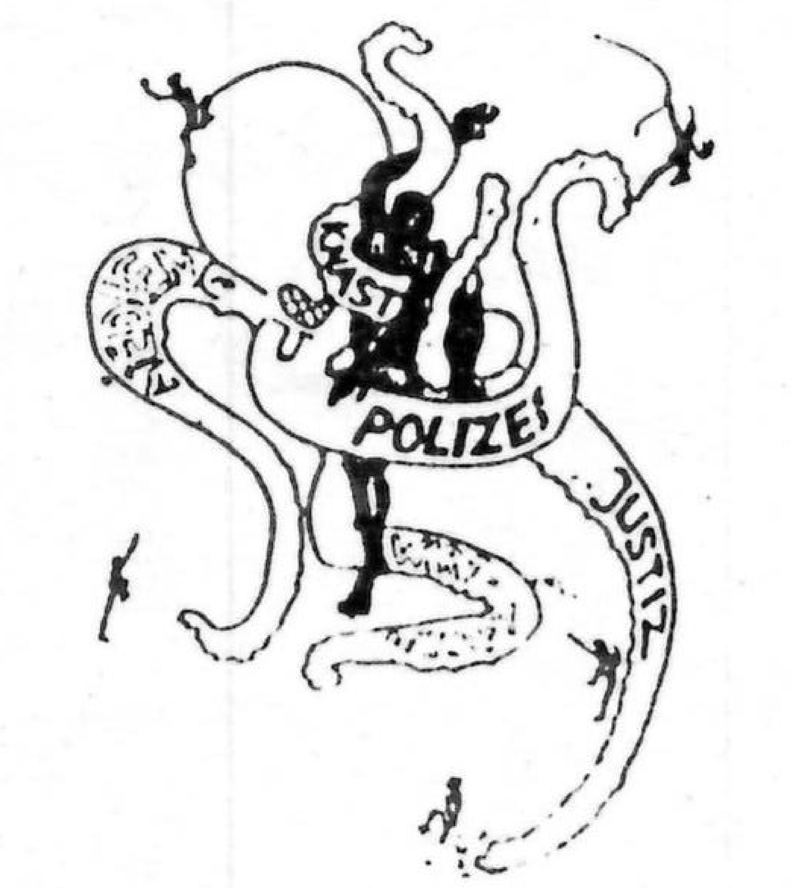
des

AUTONOMEN RECHTSHILFEFOND ROSENHEIM

Januar/Februar 1997 - Nr. 1

Der autonome Rechtshilfefond Rosenheim, der Anfang 1985 gegründet wurde, unterstützt Menschen aus Rosenheim und Umgebung, die aufgrund ihres linken Widerstandes von der Justiz verfolgt werden. Eine Politik, die eine grundsätzliche Opposition zum HERRschenden System einnimmt, und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, wird immer vom Staatsapparat mit Repression bedroht.
Der autonome Rechtshilfefond Rosenheim versucht diesen Repressionsdruck abzuschwächen, indem Betroffenen AnwältInnen zur Verfügung gestellt, AnwältInnenkosten übernommen werden und Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird.

Die Schwäche linker Strukturen ermöglicht es dem Staatsapparat diese immer mehr zu kriminalisieren und solche Attacken, wie den großen Lauschangriff oder die Verfolgung der Zeitschrift "radikal" als "kriminelle Vereinigung", leichter durchzuführen. Dabei versucht die Justiz der HERRschenden immer einzelne durch Bußgeldbescheide, Gerichtsverfahren oder sogar Knast fertigzumachen. Von der staatlichen Repression sind auch einige Menschen aus Rosenheim und Umgebung betroffen:

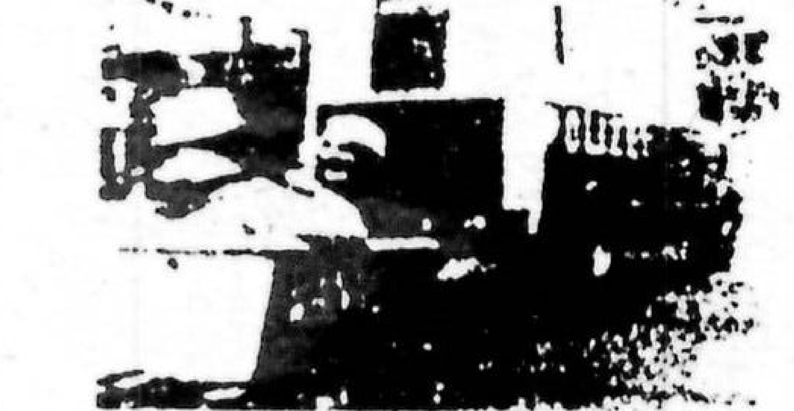


9 Verfahren gegen RosenheimerInnen

-> eine Person wurde zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen je 20 DM, mit Gerichtskosten zusammen über 800 DM, verurteilt, weil sie auf dem Weg zu einer Demonstration ein CS-Gas-Spray mitgeführt haben soll.
-> zwei Leute wurden während einer Mahnwache vor dem AKW Grundremmingen festgenommen, weil sie angeblich Steine von einem Bahnkörper entfernt haben sollen. Eine Person wurde von dem Vorwurf "Zerstörung eines öffentlichen, gemeinnützigen Bauwerks" freigesprochen, die andere hat demnächst einen Prozeß zu erwarten.
-> drei Menschen erhielten Bußgeldbescheide über je 300 DM wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, weil sie angeblich während einer Demonstration ein Seitentransparent getragen haben sollen. Gerade die behördliche Auflage bei Demos keine Seitentranspis benutzen zu dürfen, bedeutet eine unakzeptable Beschneidung des Demonstrationsrechts. Denn durch diese Seitentransparente soll die Bevölkerung über Sinn und Forderungen informiert werden.
-> zwei Leuten wird eine "gröbliche Störung einer öffentlichen Veranstaltung" vorgeworfen. Sie wurden am Volkstrauertag 1996 festgenommen, weil sie angeblich durch das Rufen der Parole "Tod dem Militarismus, Tod dem Faschismus" die gemeinsame Kranzniederlegung von RegierungspolitikerInnen und der faschistischen "Jungen Nationaldemokraten"(JN), der Jugendorganisation der NPD, gestört haben sollen.
-> gegen eine Person findet am 17.2.97 ein Prozeß wegen "Verunglimpfung der BRD oder ihrer Organe"(§90a StGB) statt. Sie soll die Parole "BRD BULLENSTAAT - WIR HABEN DICH ZUM KOTZEN SATT" während einer Demo, bei der es zu brutalen Polizeieinsätzen kam, gerufen haben.

Neue Stufe der staatlichen Repression

Die erwähnten Verfahren sind die Folge einer verschärften Verfolgung linken Widerstandes durch Polizei und Justiz. So wurden einige Ermittlungen durch Auswertung von Bild- und Tonmaterial nach den Demonstrationen eingeleitet. Dabei wurden die Betroffenen während den Demos weder festgenommen noch ihre Personalien festgestellt. Mit dieser Methode ist es dem Staatsapparat möglich mit wenig Aufwand viele Menschen mit Verfahren zu verfolgen und einzuschüchtern.
Ein weiteres Beispiel stellt die Demo am Volkstrauertag 1996 in München dar. Hier wurden bereits vor der nicht verbotenen Versammlung die Personalien aller TeilnehmerInnen aufgenommen.



Solidarität ist eine Waffe !
Treten wir dieser Repression durch die Vernetzung unserer Strukturen entgegen!
Lassen wir das Kalkul der HERRschenden durch unsere Solidarität mit den Betroffenen ins Leere laufen!

SPENDET MASSENWEISE FÜR DIE VERFAHREN!



-> Kommt zum Prozess gegen Stephan M. wg. "Verunglimpfung der BRD..." am 17.2.1997 um 10.45 Uhr im Amtsgericht Traunstein Saal 40.

-> Fest: 12 Jahre Autonomer Rechtshilfefond am Freitag den 7.März 1997 um 20 Uhr in der Vetternwirtschaft in Rosenheim.

Spenden und Post an: Autonomer Rechtshilfefond Rosenheim, Oberaustr.2, 83026 Rosenheim

LESERBRIEF EINES ENTTÄUSCHTEN ZU INTERIM 403

DER FOLGENDE BRIEF BEZIEHT SICH AUF EINE ERKLÄRUNG EINER GRUPPE AUS DER HAFENSTRASSE, ZU DEM DORT WOHNENDEN WERNER HOPPE, AUFGRUND DESSEN AUSSAGEN GEGEN DEN MFS UND VOR DEM GERICHT, MONIKA HAAS IM KNAST SITZT.

es reicht!

liebe einwohnerInnen der st.pauli-hafenstrasse,

ihr tut mir ja so leid! dennoch finde ich es bewundernswert, dass ihr euch nun solidarisch aufgerafft habt und diese nette geschichte „geschrieben"-hervorgebracht habt.
ihr schreibt, dass er immer jüngere blenden wollte - doch ihr seid es, die ganz blind sind. vielleicht solltet ihr ja so weiter diskutieren. Vielleicht bis zur haftentlassung von monika irgendwann 2010! seid ihr wirklich so naiv. er schickt eine genossin in den knast und ihr findet es unerträglich - ist das alles?
solidarität - ein schönes wort- kann es nicht nur auf dem papier geben. sie lebt von handlungen. eure handlungsunfähigkeit lässt mich erahnen, wie es um die revolution gestellt ist. nicht mehr lange und ihr werdet samt hafenstrasse integriert sein in diesen staat.
meinen glückwunsch euch allen!

28.01.97 oliver-thilo - jva-stammheim

Klein aber fein...

ist unser Solidaritätsbeitrag zum internationalen Aktionstag vom 20. Januar 1997, zu dem die streikenden Liverpooler Hafenarbeiter und ihre Frauen, the Women of the Waterfront, aufgerufen haben: in der Nacht auf den 20.Januar haben wir das Britische Generalkonsulat an der Dufourstrasse 56 in Zürich mit Leim dichtgemacht und mit Parolen besprayt.

Ohne Unterstützung durch die Gewerkschaftszentralen kämpfen sie seit August 1995 für ihre Wiedereinstellung zu den Bedingungen, die die Internationale der Sozialabbauer und Deregulierer der ArbeiterInnenklasse streitig macht.

Wir setzen mit unserem kleinen Nadelstich respektive mit dem Klebepunkt und den Farbtupfern ein Zeichen dafür, was wir mit proletarischem Internationalismus meinen: Ihren Kampf dort solidarisch unterstützen und mit unserem verbinden, um Kampfkraft gegen das Kapital hier zu entwickeln.

Mit ihren Mitteln, dem langandauernden grossartigen Streik, beweisen die Liverpooler Docker und ihre Frauen das, was wir mit unseren kleinen aber feinen Mitteln immer wieder zeigen wollen:

DAS KAPITAL IST ANGREIFBAR!
Für eine revolutionäre Perspektive !

VUKANI!

(Xhosa: Wacht auf! Erhebt euch! Revoltiert!)

Dieser Artikel ist entstanden aus einem tiefgehenden Mißbehagen unsererseits an der Stiftung Umverteilen!

Wir, das sind ein paar AktivistInnen aus verschiedenen sozialen Bewegungen in dieser Stadt, die sich im Verein Coppi e.V. zusammengeschlossen haben. Wir arbeiten international mit fortschrittlichen Gruppen in anderen Ländern und Kontinenten zusammen.

Bei dem im folgenden geschilderten geht es um Südafrika, deshalb holen wir ein bißchen weiter aus und gehen zurück zur Mitte der 80' Jahre, der Hochzeit der Anti-Apartheid Bewegung in Berlin. 1985 waren mehrere tausend Menschen gegen die Apartheid in Berlin auf Demos, es gab über eine lange Zeit eine breit wirkende Anti-Shell Kampagne. Austausch und Unterstützung von Projekten waren vielfältig, bis weit in die Gewerkschaften hinein. Als Teil dieser Bewegung begannen wir 1985 unsere Kontakte nach Südafrika zu knüpfen. Daraus entstanden verschiedene gemeinsame Projekte im Kampf gegen die Apartheid. Anfang der 90' Jahre hatte das Apartheid-Regime endgültig soweit abgewirtschaftet, daß das Ende des staatlichen Rassismus vorauszusehen war. Mit der Freilassung von Nelson Mandela und der Vereinbarung des Übergangsprozesses wurde offene politische Arbeit wieder möglich.

1993 fuhren ein Vertreter von der Afrika AG der Stiftung Umverteilen!, und ein Vertreter von Coppi nach Südafrika um zu untersuchen, ob Community Radio in Südafrika machbar ist. Dies basierte auf einer Initiative von Genossen aus Südafrika.

In Cala, dem damaligen Homeland Transkei, sprachen wir mit CALUSA, einer Initiative, die aus den Kämpfen der Radikalen Jugend im Zusammenhang mit den Soweto- Unruhen hervorgegangen ist. Wir konnten uns überzeugen, daß sie eine solide Arbeit machen und daß sie streng basisdemokratisch organisiert sind.

CALUSA wurde schon seit mehreren Jahren von Umverteilen unterstützt, u.a. bei der Finanzierung ihres Zentrums. Dies geht auf Kontakte und Besuche von Ulf Mann (Stifter von Umverteilen!) zurück.

Eine Lizensierung des Radios war damals nicht möglich, da es nur mit Erlaubnis von Südafrika gegangen wäre, die nicht zu erhalten war.

Laut Beschluß der Afrika AG sollten in diesen Fällen auch eine Finanzierung von illegalen Radios stattfinden. Doch ein illegales Radio war in Cala zu riskant. Der Grund liegt in der Geschichte und darin, daß im südafrikanischen Teil, nur 30 km entfernt, das Städtchen Elliot liegt. Dieses Nest und seine Umgebung sind, bis heute, dominiert von der AWB, der faschistischen Afrikaaner Widerstands Bewegung.

Das Risiko für das Leben der Mitglieder von CALUSA war zu groß.

Jetzt mahlten erst mal die bürokratischen Mühlen und vor den freien Wahlen 1994 war eine Genehmigung nicht zu erhalten. Nach den Wahlen wurde die IBA (Independent Broadcast Authority) als Verfassungsorgan in Südafrika etabliert. Sie soll das Apartheid- Rundfunkmonopol zerschlagen und für demokratischen Rundfunk, insbesondere Community Radio, sorgen. CALUSA stellte jetzt den nächsten Antrag, diesmal bei der IBA.

1995 fuhr ein Coppi Mitarbeiter nach Kapstadt, um dort das Kinder Radio aufzubauen. Wir hatten dieses Projekt bei der Afrika AG beantragt und bewilligt bekommen. Dies geschah unter der begeisterten Mitwirkung von Frau S., einem Mitglied der Afrika AG, die als einzige für das südliche Afrika dort zuständig ist. Auch sie fuhr zur gleichen Zeit nach Südafrika.

Bewilligt wurden auch die Mittel, um nach Cala zu fahren, den Stand des Projektes zu erfahren und gegebenenfalls Hilfestellungen zu leisten.

Frau S. von der Afrika AG von Umverteilen! und R. von Coppi fuhren gemeinsam nach Cala, konnten sich vor Ort überzeugen, daß das Radioprojekt voranschritt. Coppi konnte einige technische Fragen der IBA klären.

CALUSA, Frau S. und R. trafen die Abmachung, daß Coppi den Finanzierungsantrag für CALUSA bei Umverteilen stellt und Frau S. diesen in der Afrika AG befürwortet und sich für eine Bewilligung einsetzt.

Das Radio soll in zwei Phasen errichtet werden. In der ersten Phase sollte das Radio installiert werden und eine Basisverbreitung gewährleistet sein. Die zweite Phase soll das ganze Projektgebiet mit dem Radio versorgen und wenn möglich auch Elliot erreichen .

Das Gesprächsergebnis wurde protokolliert und allen Mitwirkenden ausgehändigt.

Im Laufe des Südafrika Aufenthaltes kam es zu schweren persönlichen und politischen Differenzen zwischen Frau S. und R.. Zurück in Berlin wollte sie von den Absprachen nichts mehr wis-

sen und behauptete, daß CALUŞA nicht in der Lage sei, ein Radio zu betreiben.

CALUSA bekam die Lizenz für das VUKANI Community Radio. Im Februar 1996 forderte die IBA die Inbetriebnahme des Radios ein, andernfalls würde die Lizenz wieder entzogen. Der von uns Anfang Februar bei der Stiftung eingereichte Antrag wurde über ein halbes Jahr immer wieder hinausgezögert und nicht entschieden!

Viele Leute in Berlin haben uns Geld geliehen und wir haben die erste Phase des Projektes durchgezogen. Seit 30. März 96 ist das Radio auf Sendung.

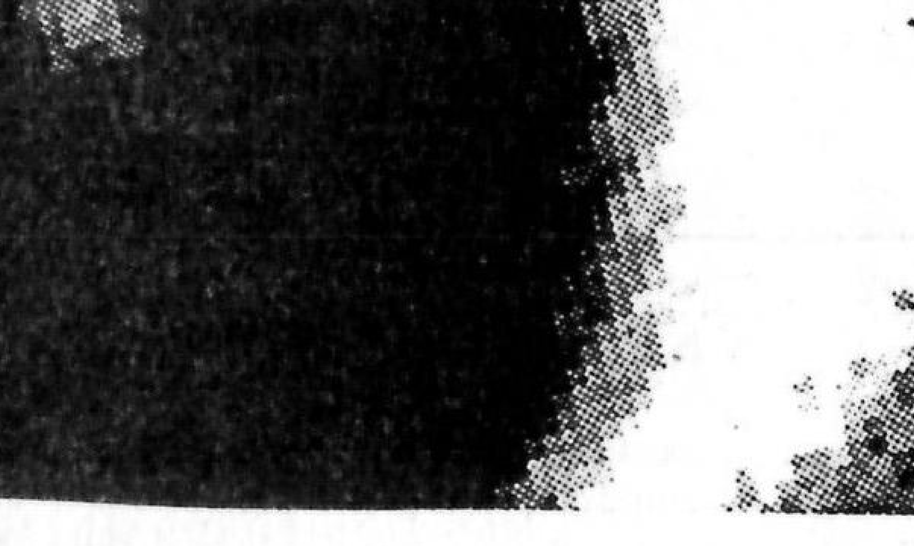
Danach forderten wir ein Gespräch mit der Afrika AG, welches ohne Beisein von Frau S. stattfand.

Unsere Abrechnung wurde willkürlich zusammengestrichen, besonders hanebüchenes Beispiel sind die Kosten des Transportes: Drei Leute sind zuviel um das Projekt zu realisieren, also Transportkosten geteilt durch drei. Aber ? Wer ist schon mal mit einem drittel Auto gefahren?

Wir haben immer noch dicke Schulden, der von uns erneut gestellte Antrag, diesmal nur für die zweite Phase, wurde von der Stiftung abgelehnt. Damit hängt das gesamte Projekt und die erfolgreiche Arbeit mehrerer Jahre vollständig in der Luft und ist gefährdet.

Zu Umverteilen!
Stiftung für eine solidarische Welt.

„Die Verwendung der Stiftungsmittel liegt wiederum bei den Arbeitsgruppen der Stiftung. Diese werden im Rahmen der Stiftungssatzung autonom nach ihren eigenen politischen Kriterien Fördermittel an Projekte vergeben." (Heike Brand für den Vorstand von Umverteilen in einem Brief an die „Villa Courage".)



Soweit so gut! Nur welches sind die politischen Kriterien der Arbeitsgruppen? Hier: welches sind die politischen Kriterien der Afrika AG.

In den letzten Jahren förderte die Afrika AG in Südafrika Projekte, die die Selbsthilfe fördern, die gegen die Apartheid gerichtet waren, und die emanzipatorische Ansätze vorantrieben. Sie förderten GewerkschafterInnen, Grassroots (Basis) - Initiativen usw.. Sie verstand sich dabei nicht als Entwicklungshilfefond.

Welches sind die politischen Kriterien heute?

Nach Aussage der Afrika AG werden Projekte nur bewilligt, wenn die Länderbeauftragten die Projekte befürworten. Zitat: „Wir haben keine Ahnung vom südlichen Afrika." Konkret heißt das, daß nur Projekte gefördert werden, die von Frau S. befürwortet werden.

Das halten wir schon für sehr bedenklich, wenn wir aber dahinter schauen, welche Kriterien von Frau S. angelegt werden, verliert sich alles im Dunkeln.

In der Realität wurden Faxe von CALUSA unterschlagen, Berichte nicht weitergeleitet, ein nicht existierenden Zusammenhang zwischen CALUSA und einem Vergewaltiger in Kapstadt konstruiert, und die Behauptung aufgestellt, daß CALUSA isoliert und nicht in der Lage sei, die Arbeit zu leisten, uvm.. Diese ganzen Geschichten wurden dazu CALUSA nie mitgeteilt, noch wurden sie dazu befragt.

Ein Gespräch mit uns, der Afrika AG und ihr verweigert sie bis heute. Auf einen offenen Brief von uns Mitte September 96 an den Vorstand der Stiftung sah sich dieser bis heute nicht zu einer Stellungnahme bereit.

Uns liegt kein Anhaltspunkt für politische Kriterien der Afrika AG vor, in Südafrika sind auch keine bekannt. Wir werden häufig danach befragt, können aber darauf beim besten Willen keine Antwort geben.

Einem von der Afrika AG gefördertem Projekt in Kapstadt, welches Frau S. wegen ihres Vorgehens gegen Vukani-Radio kritisiert hat, entzog sie die Unterstützung.

Wenn Mittelvergabe danach geht, ob einem Mitglied der Afrika AG die Füße geküßt werden, dann hat das feudalistischen Charakter.

Wir fordern hiermit die politischen Kriterien dieser Gruppe ein!

Weitere Informationen sind auf unserer Homepage nachzulesen. Dort findet ihr auch unsere Kontonummer. Gruppen, die ebenfalls der Ansicht sind, daß bei Umverteilen sich was ändern muß, bitten wir Kontakt mit uns aufzunehmen.



Coppi e.V.

Arbeitsgruppe fuer angewandte Technologie in der 3. Welt

Weisestr. 53 -- 10999 Berlin -- Germany
Tel.: 030 - 622 86 35
Email.: 106015.1036@compuserve.com
http://ourworld.compuserve.com/homepages/Coppi
Kontonummer: 4808 22-103
BLZ: 10010010 - Postbank Berlin

Neue Frauen in einer alten Ordnung

IM Mai 1991 nahm die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) Asmara ein und beendete damit einen dreißigjährigen Krieg. Zwei Jahre später, am 25. April 1993, besiegelte das Land in einem Referendum seine mit Waffengewalt eroberte Unabhängigkeit. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Eritrea 95000 Kämpfer, davon ein Drittel Frauen. Durch ihre Rolle im nationalen Befreiungskampf und nun auch durch ihre Wiedereingliederung ins Zivilleben bringen sie die traditionelle Ordnung ins Wanken.

Von SILVIA PEREZ-VITORIA *

Schon im September 1991, vier Monate nach der Einnahme Asmaras, verkündete der eritreische Präsident Issayas Afeworki die Demobilisierung von 60 Prozent der Armee.[1] Diese Operation verlief in zwei Phasen. Zuerst wurden 26000 Kämpfer demobilisiert, 4500 davon Frauen, die nach 1990 zur EPLF gestoßen waren. Sie bekamen sechs Monate lang Nahrungsmittelhilfe und 1000 bis 5000 Birr.[2] Im Februar 1994 verließ eine zweite Gruppe von 22000 Kämpfern, 8000 davon Frauen, die Armee und wurde mit je 10000 Birr entschädigt. Um die Wiedereingliederung zu erleichtern, wurde die Organisation „Mitias" gegründet (was in tigrinja soviel wie „gegenseitige Hilfe" bedeutet). Der ersten Gruppe aus Demobilisierten, die nur kurze Zeit aus dem Zivilleben gerissen worden waren, bereitete die Rückkehr keine besonderen Probleme. Für die anderen jedoch ergaben sich große Schwierigkeiten. Einige hatten zwanzig oder dreißig Jahre lang im bewaffneten Untergrund gelebt und jeden Kontakt zum „normalen" Leben verloren. Der Krieg hatte zudem ihre Familien dezimiert und in Armut gestürzt. Am schwersten haben es die Frauen. Askalu Menkarius, die Vorsitzende der Frauenvereinigung, sagt es deutlich: „Wir verschwendeten keine Gedanken an unsere persönliche Zukunft, wir konnten von einem Tag zum anderen sterben, um so mehr als die EPLF sich um alles kümmerte, auch um unsere Kinder."

Die Rückkehr zum Frieden bedeutete oft auch die Rückkehr zu alten Gewohnheiten. Das erste Problem der Frauen war ihre familiäre Situation. Fatma hatte sich 1977, mit dreizehn Jahren, der EPLF angeschlossen, nachdem die Äthiopier ihr Dorf niedergebrannt hatten. „Ich mußte behaupten, ich sei sechzehn, damit sie mich nahmen." Sie arbeitete in der öffentlichen Verwaltung der EPLF und heiratete zweimal. Ihr erster Mann, von dem sie ein Kind hat, fiel im Kampf. Ihr zweiter Mann, von dem sie ebenfalls ein Kind hat, reichte nach der Befreiung die Scheidung ein. So etwas geschieht sehr häufig. Viele während des Bürgerkriegs eingegangene Ehen scheitern, und die Frauen stehen mit ihren Kindern alleine da.

Fast 80 Prozent der Kämpfer stammen vom Land, und die Rückkehr ins Dorf ist manchmal eine schmerzliche Erfahrung. Viele traditionsverhaftete Familien haben den unerlaubten Weggang ihrer Töchter bis heute nicht vergeben. Mischehen zwischen Muslimen und Christen werden häufig abgelehnt, und der Wunsch nach einem unabhängigen Leben stößt auf Unverständnis. Schlimmer noch ist, daß immer mehr Kämpfer ihre im Untergrund geheirateten Frauen verlassen, um von den Familien nach hergebrachter Tradition arrangierte Ehen eingehen zu können. Ein eritreischer Journalist schreibt dazu: „Es ist einfacher, eine Frau in der Tradition einzusperren als in einem Haus."[3]

Schwierig ist für die Frauen auch der Erwerb von Land und der Zugang zur Arbeit. 1994 verabschiedete die eritreische Regierung ein neues Gesetz, wonach jedem Bürger über achtzehn Jahren Land zum Wohnen oder Arbeiten zugeteilt werden sollte. In Wirklichkeit gestehen die mit der Aufteilung des Bodens beauftragten Dorfräte den Frauen dieses Recht nur sehr widerwillig zu. Meistens muß die Zentralverwaltung direkt bei den *baito* (Dorfversammlungen) einschreiten, um dem Gesetz Respekt zu verschaffen.

Im Verlauf der dreißig Kriegsjahre haben sich Tausende Eritreer jeden Alters, aller Religionen und sozialen Schichten der EPLF angeschlossen. Für manche war die Unterdrückung durch die Äthiopier das Motiv, andere zogen wegen ihrer Armut in den Krieg; alle einte die Überzeugung, dieser Befreiungskampf sei auch ihr eigener Kampf. Es gehörte zur Politik der EPLF, sich in den befreiten Gebieten auf die breite Beteiligung aller Bewohner zu stützen. Dadurch wurden die Schranken zwischen den Geschlechtern, den Religionen, den Nationalitäten durchbrochen, und es kam zu einer wirklichen sozialen Umwälzung, die in erster Linie von den Frauen getragen wurde.

In der traditionellen eritreischen Gesellschaft unterscheidet sich die Stellung der Frau nach Religion (Christentum und Islam) und Nationalität (die Kunama haben eine matriarchalische Struktur). Fast überall jedoch wurden die Frauen diskriminiert: Sie wurden sehr jung mit einem von der Familie bestimmten Ehemann



* Journalistin

verheiratet und hatten bei Entscheidungen keinerlei Mitspracherecht. In den Städten verdienten die Arbeiterinnen um die Hälfte weniger als ihre männlichen Kollegen, und viele Frauen waren gezwungen, als Hausangestellte, unter sklavenähnlichen Verhältnissen, oder sogar als Prostituierte zu arbeiten. Noch in den siebziger Jahren waren fast 95 Prozent der eritreischen Frauen Analphabetinnen. Viele erlebten den Beitritt zur EPLF als Möglichkeit zur Befreiung aus ihrer Lage. Manche liefen als Dreizehn- oder Vierzehnjährige von zu Hause weg, andere gingen mit ihren Kindern in den Untergrund.

Bei der EPLF war man etwas ratlos über diese neuen Rekruten. Doch schon bald wurde ein breites Erziehungs- und Ausbildungsprogramm eingerichtet, dessen Nutznießer vor allem Frauen und Mädchen waren. Ab 1977 wurden die Rechte der Frauen zum integralen Bestandteil des neuen Programms der EPLF. 1978 verbot eine Gesetzesreform arrangierte Ehen – erst recht, wenn es sich bei den Verlobten um Kinder handelte – und führte die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei Scheidung, Erbschaft und Erziehung ein. Beschneidung und Infibulation wurden verboten. 1979 wurde der nationale Verband der eritreischen Frauen (NUEW) gegründet, der ihre Lage verbessern will.

Im Lauf der Jahre hat die EPLF in ihren Stützpunkten in der Sahelregion, im Norden des Landes, richtige Gemeinwesen mit Schulen, Krankenhäusern, Werkstätten, Medien, Kinderkrippen und Verwaltungen geschaffen. Die Frauen waren an allen Aktivitäten beteiligt und wurden Kämpferinnen, Lehrerinnen, Mechanikerinnen, Barfußärztinnen, Verwaltungsbeamtinnen – eine Revolution, denn bis dahin waren sie einer strengen Arbeitsteilung unterworfen gewesen. 1989 waren Frauen laut einer Untersuchung der NUEW[4] bereits in allen Sektoren und auf allen hierarchischen Ebenen vertreten: Sie stellten 23 Prozent der Streitkräfte, 35 Prozent der Verwaltungsangestellten, 30 Prozent der Industriebeschäftigten, 20 Prozent im Bauwesen, 55 Prozent im Gesundheitswesen, aber nur 2 Prozent der Führungskräfte.

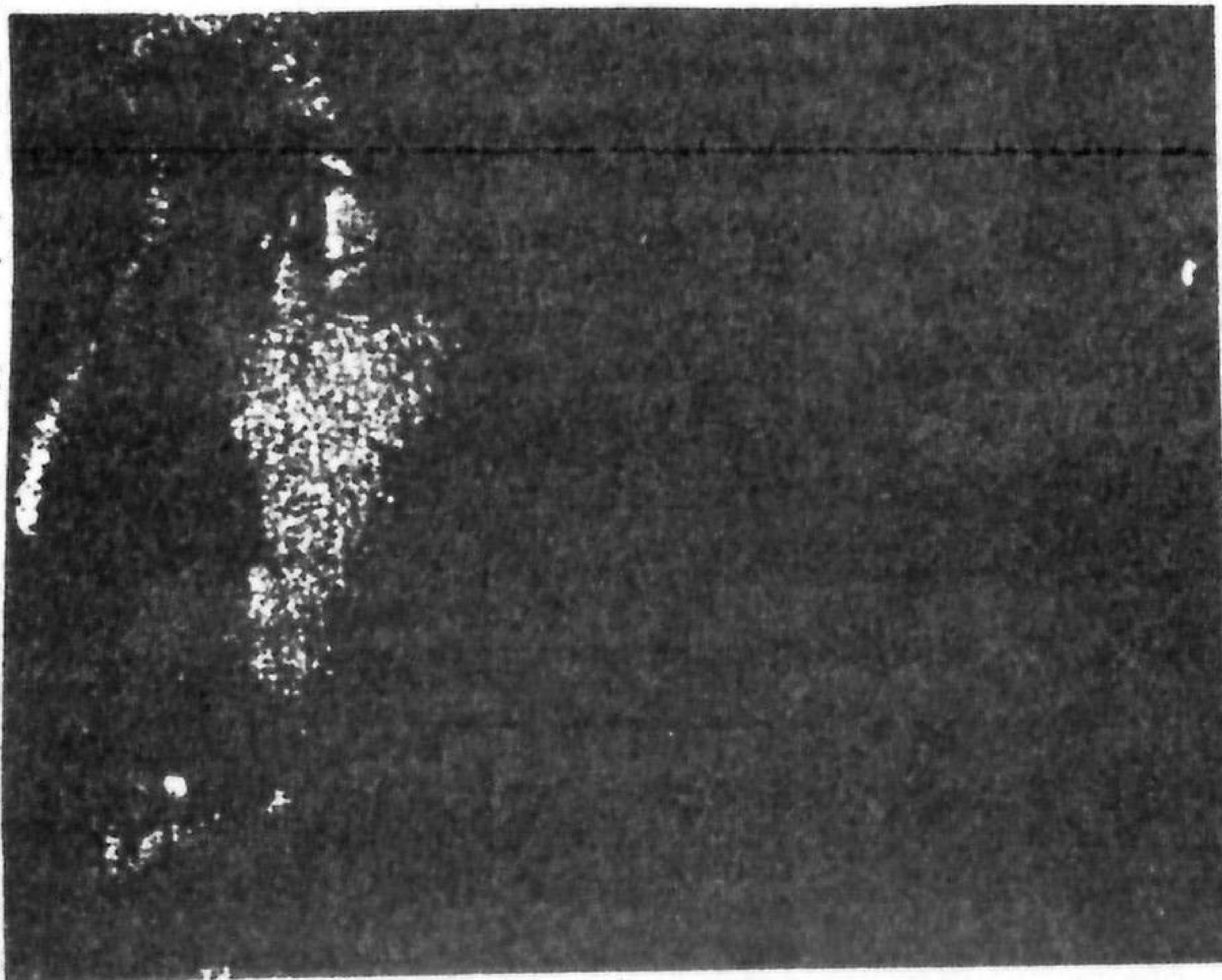
Gemeinsam mit den Kleinbauern bildeten die Frauen auch die Speerspitze der von der EPLF in den befreiten ländlichen Gebieten durchgeführten sozialen Umwälzung. Eritrea besteht zu 80 Prozent aus Agrarland. Die ausschließlich aus Männern bestehenden *baito* haben ausgedehnte Befugnisse im Bereich der lokalen Rechtsprechung und der Landaufteilung. Im allgemeinen begünstigen sie die verheirateten Männer. Die *baito* wurden zumeist von den reichen Bauern beherrscht, deren halbfeudalistische Praktiken Ausbeutung und Ungleichheit weiterhin verankerten. In langwieriger politischer Arbeit ist es der EPLF gelungen, die Kräfteverhältnisse zugunsten der Kleinbauern und Landlosen, einschließlich der Frauen, zu verändern. Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen hat zum ersten Mal 15 bis 30 Prozent von ihnen in diese Versammlungen einziehen lassen. Mit der neuen Gesetzgebung haben sie nunmehr dasselbe Recht auf Grundbesitz wie die Männer.

Die Frauen haben auch in den Volksmilizen, die über die Dörfer wachen und sich an den örtlichen Tätigkeiten beteiligen, eine aktive Rolle gespielt. Das blieb nicht ohne Reaktionen, vor allem bei der muslimischen Bevölkerung, die es als Skandal empfand, daß Frauen aus dem Haus gingen und Waffen trugen.[5] Auf weniger sichtbare Weise halfen Tausende anderer Frauen der EPLF in der Nachrichtenübermittlung, bei verschiedenen Arbeitseinsätzen und durch materielle und finanzielle Unterstützung, auch die im Exil lebenden Frauen.[6]

Nach der Unabhängigkeit trat das Ausmaß der Kriegsschäden zutage: 150000 Menschen waren umgekommen, bei einer Gesamtbevölkerung von 3 Millionen, 65000 davon waren im Kampf gefallen, und fast 1 Million Eritreer lebten im Exil, die Hälfte davon in Sudan. Infrastruktur und Produktionsmittel waren zerstört und die Umwelt dieses ohnehin nicht von der Natur verwöhnten Landes, dessen Landwirtschaft fast ausschließlich von den klimatischen Bedingungen abhängt, verwüstet worden. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommen von unter 250 Mark und einer Lebenserwartung von siebenundvierzig Jahren ist Eritrea eines der ärmsten Länder der Welt.

Die Regierung muß sowohl eine politische Struktur aufbauen – eine Verfassung wird gerade erarbeitet –, als auch das wirtschaftliche, juristische und soziale Leben neu organisieren. Zudem müssen die ehemaligen Kämpfer und Tausende aus Sudan zurückströmende Flüchtlinge wiedereingegliedert werden.

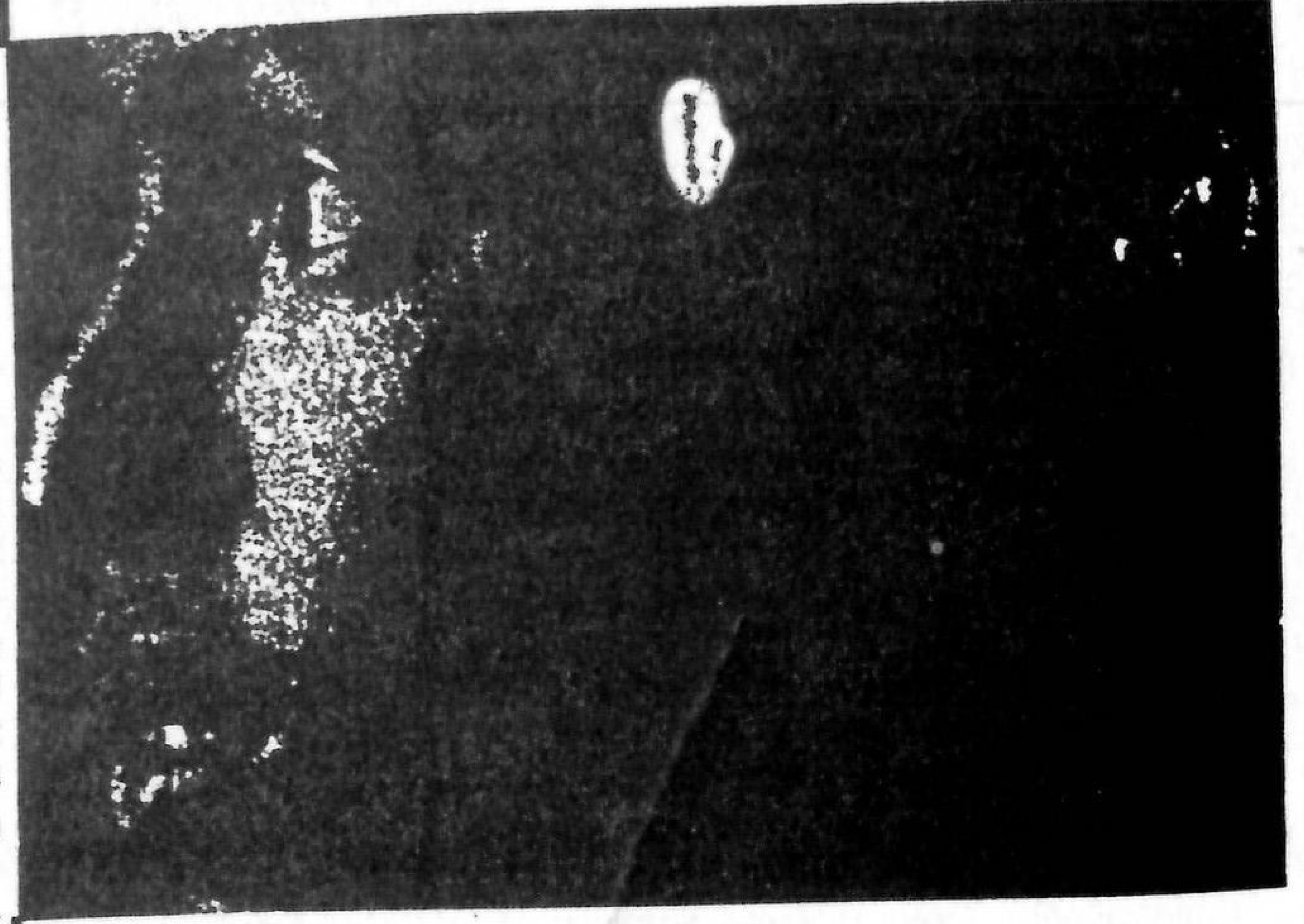
Tschaitu ist mit zwei ihrer Schwestern nach Adi Nefas, in der Nähe der Hauptstadt Asmara, zurückgekehrt. Zwei andere Schwestern sind im Krieg gefallen. Angesichts der Spannungen, die ihre Forderungen hervorrufen, hat sie vorerst auf ihr



100 Jahre Krieg und Gewalt

DIE jüngere Geschichte Eritreas beginnt 1889 mit der italienischen Besatzung, die zwar alle Merkmale des Kolonialismus trägt, aber mit einer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung einhergeht, die in den umliegenden Ländern ihresgleichen sucht. Nach dem Zweiten Weltkrieg kommt Eritrea unter britische Verwaltung. Fast die gesamte Infrastruktur seiner Eisenbahn-, Industrie- und Hafenanlagen wird verkauft oder demontiert: 1952 beschließen die Vereinten Nationen, das stark geschwächte Land mit Äthiopien zu einer Föderation zusammenzuschließen.

Dem Abkommen mit Kaiser Haile Selassie zufolge hätte Eritrea eine gewisse Autonomie zugestanden werden müssen, doch sehr bald zwingt der Negus dem Land seine brutale Herrschaft auf und annektiert es. Die Repression nimmt ihren Lauf, mit niedergebrannten Dörfern und dem Massenmord an der Bevölkerung; der Widerstand organisiert sich. 1961 wird die Befreiungsfront Eritreas (ELF) gegründet und 1970 die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF), eine marxistische Abspaltung der ELF, die die Führung des Kampfes übernimmt. Sie ist international isoliert und setzt sich aus eigener Kraft gegen die beiden Supermächte zur Wehr: zuerst gegen die Vereinigten Staaten, die Haile Selassie bis zu seinem Sturz 1974 unterstützen, dann gegen die Sowjetunion, die sich bedingungslos hinter den neuen starken Mann, Mengistu Haile Mariam, stellt, dessen blutige Diktatur 1991 endet. Berücksichtigt man die katastrophalen Dürren und Hungersnöte der achtziger Jahre, läßt sich der siegreiche Widerstand der EPLF nur anhand ihrer organisatorischen Fähigkeiten und ihrer Verankerung in der Bevölkerung erklären.



Grundbesitzrecht verzichtet. Wie viele andere Kämpferinnen hat sie ihrer Familie geholfen, das gemeinsame Haus wieder aufzubauen. Um sich besser zu integrieren, hat sie für die Wahl zum Dorfrat kandidiert und wurde gewählt. Die Arbeit sei schwierig, sagt sie, aber sie habe im Untergrund Erfahrungen in der Verwaltungsarbeit gesammelt und wolle sie nun für ihr Dorf einsetzen, in der Hoffnung, daß ihre Rechte eines Tages anerkannt werden.

Der Boden, der traditionell den sozialen Status begründet, hat durch die Wirtschaftspolitik der Regierung neuen Wert gewonnen. Heute hängt Eritreas Ernährung noch zu 40 Prozent von ausländischer Hilfe ab. Erklärtes Ziel ist es, in den nächsten fünf Jahren in der Lebensmittelversorgung autark zu werden. Parallel dazu will das Land vermehrt exportieren, hauptsächlich Fisch, aber auch landwirtschaftliche Produkte. Auf Anraten des Landwirtschaftsministeriums hat Adi Nefas beschlossen, die besten Böden für den Anbau zum Export bestimmter Blumen und Früchte zu nutzen. Man hofft, daraus in Zukunft Gewinne zu erwirtschaften. Tschaitu unterstützt diese Entscheidung im Namen der „Modernisierung". Doch hätten die dafür investierten Mittel nicht besser den kleinen lokalen Gemüse- und Obstproduzenten helfen können? Angesichts der Enge des Binnenmarkts ist die Versuchung groß, sich auf Exportkulturen zu konzentrieren. Welch katastrophale Folgen ein solches Vorgehen mit sich bringt, haben fünfzig Jahre Entwicklungspolitik in aller Welt hinlänglich gezeigt.

Die eritreische Regierung tut allerdings ihr möglichstes, das bei jeder „Modernisierung" drohende Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land zu vermeiden. Die für die 500 000 aus dem Sudan zurückkehrenden Flüchtlinge vorgesehenen Siedlungen liegen ausschließlich in ländlichen Gebieten. Jeder Flüchtling erhält zwei Hektar gerodetes Ackerland, einige Tiere, Nahrungsmittelhilfe und bei Bedarf berufliche Ausbildung. Es werden Häuser für sie gebaut, und jedes neue Dorf bekommt eine Schule und eine Krankenstation. Das Ziel ist, sie in ihrer Versorgung unabhängig zu machen. Bis heute sind mehr als 165 000 Flüchtlinge aus Sudan zurückgekehrt, 25 000 davon konnten in dieses Programm aufgenommen werden.

Theoretisch werden ehemalige Kämpfer vorrangig eingestellt, doch Handwerker, Geschäftsleute und Industrielle scheuen sich, als „rebellisch" bekannte Leute zu beschäftigen. In der Textilfabrik von Asmara gesteht der Vorarbeiter ein, daß ehemalige Kämpferinnen nicht eingestellt werden können: „Nur Frauen, denen nichts anderes übrigbleibt, nehmen diese Arbeit an. Die ehemaligen Kämpferinnen sind anderes gewohnt." Der Durchschnittslohn in diesem Betrieb – von dessen 2200 Arbeitern 75 Prozent Frauen sind – beträgt weniger als 60 Mark für eine 48-Stunden-Woche.

Manche ehemaligen Kämpferinnen haben sich zusammengetan und knüpfen damit an frühere kollektive Organisationsformen an. Tausend von ihnen haben die Aktiengesellschaft Bana gegründet. Die Gesellschaft verschafft ihnen Zugang zu Weiterbildung, unterstützt sie bei der Arbeitssuche, beim Aufbau eines Fischgeschäfts, einer Bäckerei, einer Kinderkrippe und eines Fahrdienstes.

Angesichts der Integrationsschwierigkeiten der ehemaligen Kämpferinnen ermutigt sie der Staat, sich selbst Arbeitsplätze zu schaffen. Dies entspricht dem wirtschaftlichen Kurs der eritreischen Regierung, die im radikalen Widerspruch zum ursprünglichen Programm der EPLF eine Marktwirtschaft einführen will.

Verschiedene Hilfsorganisationen haben den kollektiven Integrationsprogrammen von Mitias anfangs nur sehr spärliche Unterstützung gewährt. Was jedoch die Schaffung privater Unternehmen betrifft, zeigen sie sich sehr viel großzügiger. So wird ein bevölkerungsnahes Bankwesen eingerichtet, das kleine Kredite vergibt, damit jedoch eine extreme Individualisierung der Arbeit begünstigt, denn die Idealvorstellung scheint zu sein, daß sich die ehemaligen Kämpferinnen in Einzelunternehmerinnen verwandeln.

Viele, die den Werten aus den Zeiten des Krieges die Treue gehalten haben, sind bitter enttäuscht. Aster, die Leiterin der Milchfabrik von Asmara und eine ehemalige Kämpferin, macht keinen Hehl aus ihren Sorgen über die negativen Folgen der bedingungslosen Marktpolitik. Ohne Preiskontrolle werden Grundnahrungsmittel wie Milch für die Ärmsten unerschwinglich.

Adey Zeyneb stammt aus einer hochangesehenen Familie der Sahelregion. Sie schloß sich ihren Töchtern an, die bereits sehr jung zur EPLF stießen. Als Dichterin schrieb sie über den Befreiungskrieg, und sie integrierte sich in kollektive Lebensformen. Heute lebt sie mit einer ihrer Töchter (die andere ist im Kampf gefallen) wieder in Afabet und spricht wehmütig von einem doppelten Verlust: dem der traditionellen Gesellschaft und dem der im Untergrund entwickelten Lebensformen. „Heute", sagt sie, „arbeitet jeder nur noch für die eigenen Interessen, es gibt keine gegenseitige Hilfe mehr, keine Solidarität; das Motto ist: Jeder für sich allein."

Das ist das Dilemma: Soll sich Eritrea zu einer individualistischen, die Ungleichheit fördernden Marktwirtschaft entwickeln und den Idealen abschwören, für die Tausende Eritreer gekämpft haben, oder soll es, allen Schwierigkeiten zum Trotz, einer menschlichen und mitmenschlichen Gesellschaft den Vorrang geben?

dt. Christiane Kayser



[1] Siehe dazu Gérard Prunier, „Atouts et failles de l'Erythrée indépendante", *Le Monde diplomatique*, April 1993.

[2] 1 Birr = 0,20 DM.

[3] *Eritrea Profile*, Asmara, 27. Juli 1996.

[4] „Beyond Conflict in the Horn", Studie unter der Leitung von Martin Doornbos et al., Den Haag (Institute of Social Studies) 1992.

[5] Amrit Wilson, „The Challenge Road", London (Earthscan) 1991.

[6] Ruth Simon, „Femmes combattantes, une lutte inachevée", 1995 (unveröffentlicht).

INFORMATIONSZENTRUM FÜR FREIE VÖLKER e.V

Information Center for Free Peoples
Pressedienst **Basın Servisi** Press Center

Kalkarerstr. 2 - D - 50733 Köln   Tel: +49 221 760 76 56   Fax: + 49 221 760 28 87

Köln, 20. Januar 1997

...UND DER MANISA-PROZESS IST BEENDET:
NICHT DIE FOLTERNDEN POLIZISTEN, SONDERN DIE GYMNASIASTEN WURDEN VERURTEILT.
DAS STAATSSICHERHEITSGERICHT VERURTEILTE DIE 10 GYMNASIASTEN ZU EINER HAFTSTRAFE IM AUSMASS VON INSGESAMT 76 JAHREN UND 3 MONATEN.

Das Urteil des 'Manisa-Prozesses', wie er in der Öffentlichkeit bekannt war, bei dem 16 Gymnasiasten, nachdem man sie in ihren Dörfern in Manisa festgenommen und gefoltert hatte, unter der Beschuldigung Mitglied der DHKP-C zu sein angeklagt wurden, lautet auf 76 Jahre und 3 Monate.

Bei dieser Gerichtsverhandlung, die am 16. Januar 1997 abgehalten wurde, wurden die Untersuchungshäftlinge Ali Göktas (30 - Lehrer), Faruk Deniz (24 - arbeitet in Cafe), Levent Kilic (25), Emrah Sait Erda (23 - Studentin) und Askin Yegin (19 - Student) zu 12 Jahren und 6 Monaten Haft, Ayse Mine Balkanli (19 - Gymnasiastin), Münire Apaydin (19 - Gymnasiastin), Sema Tasar (18 - Gymnasiastin) und Özgür Zeybek (17 - Gymnasiast) zu 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Für Jale Kurt (19 Maturantin) wurden 3 Jahre und 9 Monate Haft, sowie dreijähriges Berufsverbot ausgesprochen.

Die am 25. Dezember 1995 festgenommenen 16 Gymnasiasten wurden in der Anti-Terror-Abteilung in Manisa verhört und 12 Tage lang gefoltert. Die Folter konnte auch nachgewiesen werden. Danach wurde dieser Fall von Presse und Öffentlichkeit genauer verfolgt. So begann die Geschichte dieses, ebenfalls als 'Prozeß der Folter', in der Öffentlichkeit bekannten Prozesses. Aufgrund der Aussagen der Gymnasiasten, gefoltert worden zu sein, klagte die Staatsanwaltschaft von Manisa 10 Polizisten wegen 'Foltern, um Geständnisse zu erzwingen' an.

Die Jugendlichen sagten aus, daß ihnen Elektroschocks verabreicht wurden, daß sie mit dem Hochdruckwasser abgespritzt wurden und ihnen mit Vergewaltigung gedroht wurde. Bei diesem Prozeß wurden die Gymnasiasten in den Zeugenstand gerufen und die Polizisten warfen die Folter-Vorwürfe zurück. Während nun der Prozeß gegen die 10 Polizisten andauert, wurde der gegen die Schuler mit hohen Haftstrafen beendet. Dies löste auch große Proteste in der Öffentlichkeit aus. Nach der Verhandlung protestierten die Jugendlichen und deren Angehörige gegen das Urteil des Richters, in dem sie riefen: "Ihr seid auch wie die Folterer", „Wo ist die Gerechtigkeit", „Wir fordern Gerechtigkeit!" Die Rechtsanwälte sagten zu dem Urteil: „Das Gericht setzte dem Szenario einen Schlußstrich. Es verurteilte die Jugendlichen mit seiner bloßen Behauptung, ohne jegliche Beweise. Wir haben uns diese 'Rechtskomödie' ein Jahr lang mit angesehen."

Bei dem Prozeß waren der CHP Abgeordnete aus Izmir, Sabri Ergul, VertreterInnen von Amnesty International, der Deutsche Vizekonsul aus Izmir, VertreterInnen demokratischer Basisorganisationen, sowie Auslandspresse und Fernsehen anwesend.

Wie bekannt ist, wurde dieser Prozeß vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verfolgt. Dieser richtete letzten November einen Brief an die Türkische Regierung und forderte sie bis spätestens 10. Januar 1997 um Stellungnahme gegenüber der Folter-Vorwürfe auf. Es ist interessant, daß die Antwort per Ende der Frist, dem 10. Januar, eintraf.

Das ist der Staat in Susurluk, und es ist das Gesicht des mafiösen Konterguerilla-Staates, es ist die Justiz des MGK (Nationaler Sicherheitsrat) - die Justiz des Faschismus. Das 'Foltergesicht und Justizverständnis' des Konterguerilla-Staates, das für die Bevölkerung tagtäglich zum Vorschein kommt und an Glaubwürdigkeit verliert, ist durch dieses Urteil ein weiteres mal bloßgestellt worden. Die Haftstrafe ging an die GymnasiastInnen, deren Prozeß am Staatssicherheitsgericht (DGM) mittlerweile seit 12. März 1996 andauert, obwohl sie berichteten, daß ihre Aussagen durch Folter, was sogar mit einem ärztlichen Attest nachgewiesen wurde, und durch Drohungen zustandekamen. Dieses Urteil spiegelt das Rechtsverständnis des MGK und des Faschismus wieder.

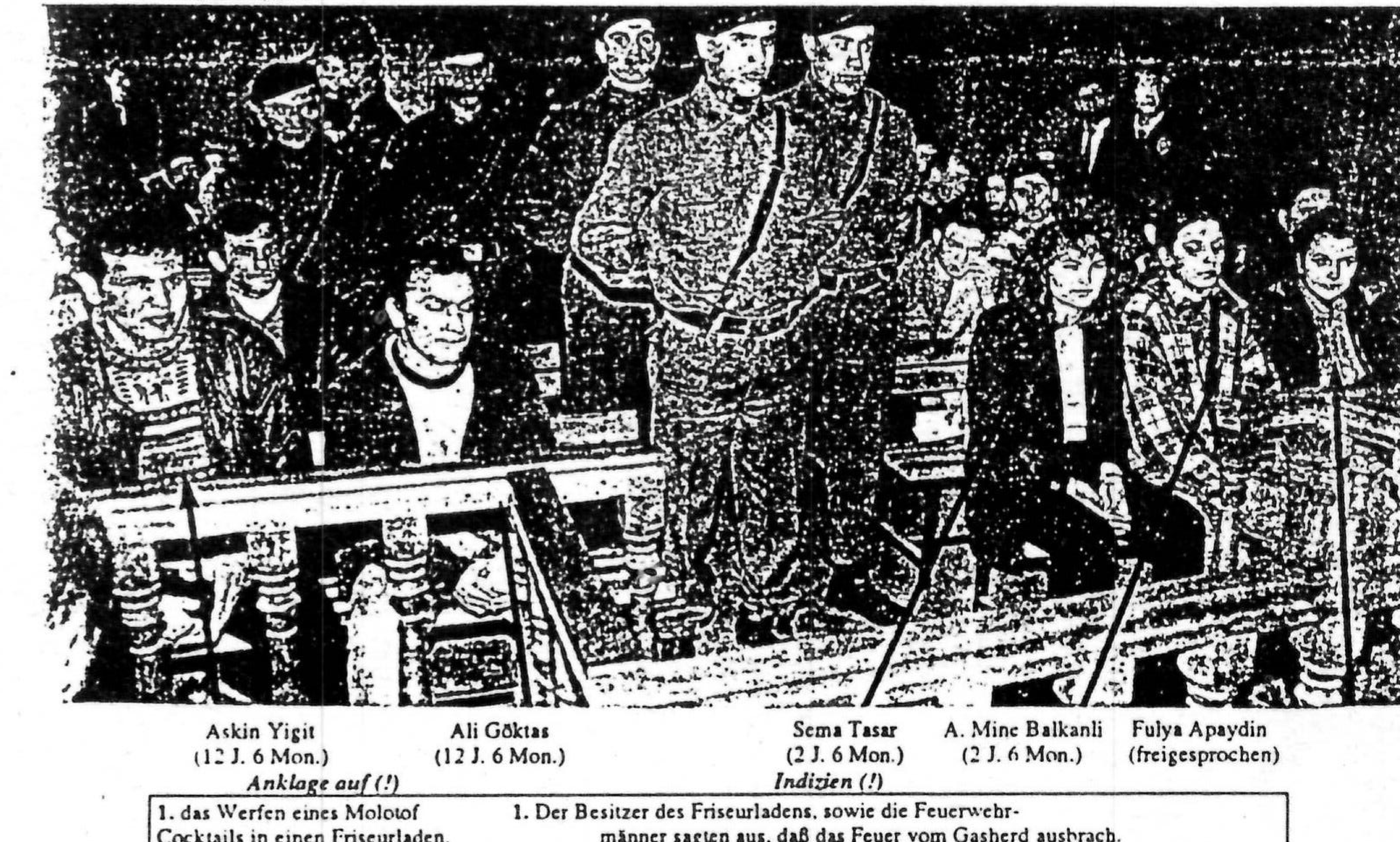
Aber die Sonne kann man nicht mit Schlamm beschmieren. Es geschieht vor den Augen aller. Die wahren Schuldigen sind nicht die GymnasiastInnen, die vor dem Staatssicherheitsgericht in Izmir unter der Begründung 'Banden zu bilden' angeklagt werden, sondern der Susurluk-Staat selbst. Der eigentliche Terrorist und die Bande sind Konterguerilla, Mafia, Folterer. Die Meisten der wahrhaftigen Verbrecher, wie Catli, Sedat Bucak, Mehmet Agar, ... und die Drogenschmuggler, Mörder,... werden beschützt.

Heute ist die Türkei ein Land, in dem faschistische Mörder, die Hunderte unserer Menschen 'Verschwindenlassen' und Tausende ermordet haben, belohnt werden und das Vertrauen an die offizielle Justiz verlorengegangen ist. Die Verurteilung der unschuldigen Gymnasiasten hat alle Menschen in Trauer versetzt. **Das einzige, was die Jugendlichen aus Manisa getan haben war, 'Wir wollen eine gebührenfrele Ausbildung' und 'Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker' auf Wände zu schreiben.** Die schwere Haftstrafe zwingt die Menschen, die über Recht ein wenig Kenntnisse besitzen, aufzustehen.

Wenn diejenigen, die unschuldige Menschen in Gefängnisse stecken glauben, daß sie die Meinung der Gymnasiasten zum Schweigen bringen oder die Wut unseres Volkes gegen den mafiösen Konterguerilla-Staat dämpfen können, dann irren sie sich. Sie sind gegen die Menschenwürde zur Niederlage verurteilt.

Das ist der Grund, warum die Jugendlichen bestraft wurden: Der Staat möchte die Polizisten an Moral bereichern, indem er sagt: „Macht mit der Folter nur weiter, mordet weiterhin."

Wir protestieren gegen dieses unmenschliche Urteil und rufen auch alle anderen auf, gegen den illegitimen, mafiösen Konterguerilla-Staat zu protestieren. Solidarisiert euch mit den Gymnasiasten und ihren Angehörigen!



Askin Yigit (12 J. 6 Mon.) — Ali Göktas (12 J. 6 Mon.) — Sema Tasar (2 J. 6 Mon.) — A. Mine Balkanli (2 J. 6 Mon.) — Fulya Apaydin (freigesprochen)

Anklage auf (!)	*Indizien (!)*
1. das Werfen eines Molotof Cocktails in einen Friseurladen.	1. Der Besitzer des Friseurladens, sowie die Feuerwehrmänner sagten aus, daß das Feuer vom Gasherd ausbrach.
2. das Beschmieren von Wänden.	2. Die Rechtanwälte forderten eine Untersuchung darüber, ob die Wandbeschriftungen tatsächlich von den Kindern stammen, das Gericht lehnte dies jedoch ab.
3. Beschriften eines Zugwaggons.	3. Der Bahndirektor sagte aus, daß die Zugwaggons nicht beschriftet worden sind.
4. Flugblätter verteilen.	4. Es gibt keinen einzigen Augenzeugen, der das Verteilen von Flugblättern bestätigen könnte.
5. eine bewaffnete Bande bilden	5. Bei keinem der Schüler, weder in ihren Wohnungen, noch sonst irgendwo wurden Waffen gefunden.
6. Mitglied der DHKP-C zu sein	6. Keinerlei Beweise wurden vorgelegt.

Urteile (!)

5 Jugendliche: 12 Jahre 6 Monate 4 Jugendliche: 2 Jahre 6 Monate 1 Jugendlicher: 3 Jahre 9 Monate	76 Jahre 3 Monate

Movimiento Revolucionario Tupac Amaru (MRTA) Communiqué # 6





An alle JournalistInnen,
wir sind eine Guerilla die offen ist für Dialoge. Wir sind immer dafür offen gewesen in einen Dialog zu treten mit den Organisationen des Volkes, mit dem Rest der Zivilgesellschaft, mit Journalicslnnen, sogar mit der Polizei und Soldaten die-obwohl sie ein Teil des Volkes sind und schlechte Gehälter beziehen-einen korrupten Regierung verteidigen, die sich mehr und mehr bereichert, während sie das Volk zum Hunger verdammt. Wir haben keine Angst, mit JournalistInnen darüber zu sprechen, was in der Residenz passiert. Genauso fordern wir, daß die JournalistInnen das Recht bekommen in die Gefängnisse zu gehen, um die Situation zu sehen, in der sich die Gefangenen befinden. Ihr, befreundete JournalistInnen, wisst, genau wie die Regierung es weiß, daß
das verlassen der Residenz der Frauen, der Angestellten und der mehr als 400 Persönlichkeiten und Botschafter Teil der einseitigen Entscheidung des Kommandos „Edgar Sanchez" war, um den Willen zu demonstrieren, eine politische und nicht eine militärische Lösung, im Fall der Besetzung der japanischen Botschaft zu finden. Immer noch warten wir auf eine einzige humanitäre Geste von Seiten der Regierung. Sie hat z.B. die Frauen nicht freigelassen, die sich in verschiedenen Gefängnissen befinden, die Schwestern, die Mütter und Töchter unseres Volkes, die gefoltert, schikaniert und vergewaltigt wurden in den Folterkellern und Gefängnissen in Peru und, die als Folge davon an verschiedenen Krankheiten leiden. Die Regierung hat die Companeros, Männer und Frauen nicht freigelassen, deren Krankheiten akut sind. Diesbezüglich gab es keine übereinstimmenden Gespräche, die zu einer Übereinstimmung geführt hätten. Die Personen, von denen das „Edgar Sanchez"-Kommando annimmt, daß sie keinen direkten Bezug haben zum Verfahren des schmutzigen Krieges, der Folter und der Morde, oder zu der Durchführung der neoliberalen Politik, die so viele Tote im peruanischen Volk verursacht hat, wurden bereits freigelassen, mit der einzigen Verpflichtung alles zu tun was ihnen möglich ist, so das die Lösung politisch und nicht militärisch sein wird. Wir sin sicher, daß sie aus Gewissensgründen alles dafür tun werden, was in ihrer Macht steht.



Zu keiner Zeit hat das „Edgar Sanchez"- Kommando gesagt, daß es 50 weitere Personen freilassen wird. Das ist eine weitere Lüge von Herrn Fujimori und seinem Nachrichtendienst, die sich daran gewöhnt haben auf der Basis von Lügen zu regieren. Mit diesen neuen Lügen will er unzweifelhaft die internationale Presse zur Zensur bewegen, weil er nicht Euch alle ins Gefängnis werfen kann, um das zu erreichen. In Peru wurden 70 JournalistInnen inhaftiert. Die 22-jährige Journalistin Melisa Alfero, wurde durch eine Briefbombe getötet, die ihr vom Geheimdienst geschickt wurde. Die Zeitschrift *Cambio*, bei der sie arbeitete, wurde letztendlich geschlossen und die JournalistInnen und Angestellten wurden inhaftiert. Einige schafften es das Land zu verlassen um im Exil zu leben. In Ayacucho wurde nachgewiesen, daß die Armee in das Journalisten und in den Tod von zwei KorrespodentInnen, der Zeitschrift *Caretas* und der Zeitung *La republica* involviert war. Andere liberale Zeitschriften und Zeitungen wurden durch ökonomischen Druck gezwungen zu schließen. Die Repression gegen die Männer und Frauen der freien Presse, hat nur einen Pro-Regierungsjournalismus übriggelassen, dessen Überlebensstrategie es ist, sich lächerlich zu machen.

Hochachtungsvoll, Isaak Velasco

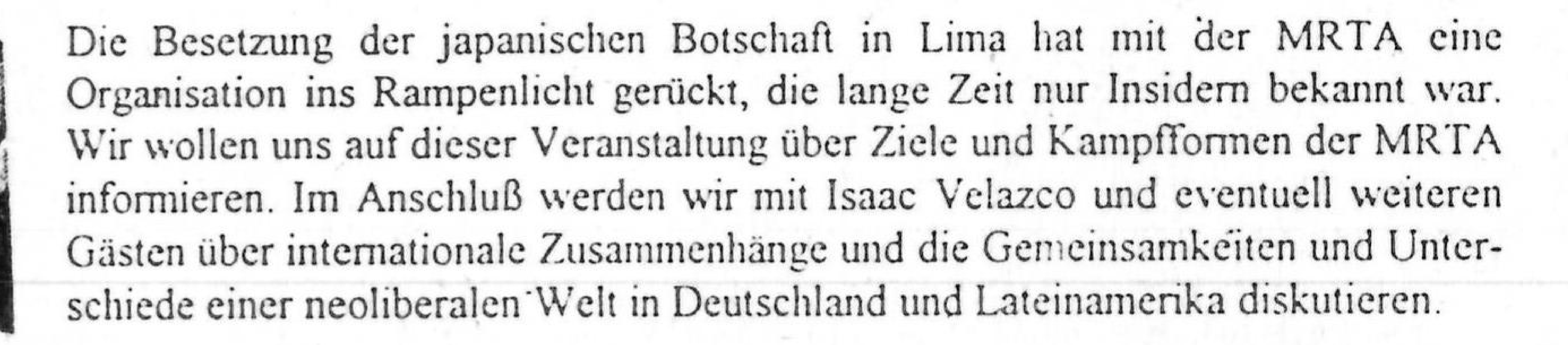
TUPAC AMARU LEBT UND WIRD SIEGEN !!!

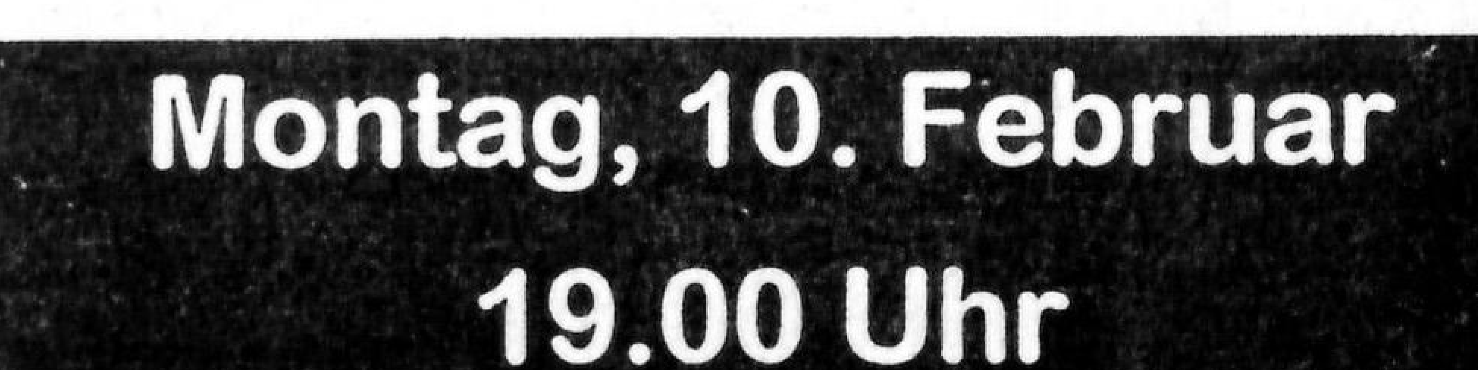
Diskussions - Veranstaltung

Widerstand gegen den Neoliberalismus

am Beispiel Peru

Vortrag des Europavertreters der MRTA (Tupac Amaru) Isaac Velazco zu den Strategien des Widerstandes gegen Neoliberalismus in Peru


Die Besetzung der japanischen Botschaft in Lima hat mit der MRTA eine Organisation ins Rampenlicht gerückt, die lange Zeit nur Insidern bekannt war. Wir wollen uns auf dieser Veranstaltung über Ziele und Kampfformen der MRTA informieren. Im Anschluß werden wir mit Isaac Velazco und eventuell weiteren Gästen über internationale Zusammenhänge und die Gemeinsamkeiten und Unterschiede einer neoliberalen Welt in Deutschland und Lateinamerika diskutieren.


Montag, 10. Februar
19.00 Uhr
Raum 3094, Hauptgebäude der HUB, Unter den Linden 6

Veranstalter: Referat für Internationalismus (RefRat der HUB) in Zusammenarbeit mit Gruppe Venceremos

Solidarität mit der MRTA

Die Besetzung der japaischen Botschaft in Lima ist jetzt, nach fast 2 Monaten, weitgehend aus den Medien verschwunden. Doch die Gefahr einer militärischen Lösung durch die peruanische Regierung nimmt dadurch zu. Provokationen durch Sicherheitskräfte vor der Botschaft häufen sich.

Sollte die peruanische Regierung gegen die Besetzung mit Gewalt vorgehen, treffen wir uns am darauf folgenden Tag zu einer Protestkundgebung vor das peruanische Generalkonsulat in der Schadowstraße 6, (S-Bahnhof Unter den Linden).

Für Absprachen und Infos laden wir am Tag der militärischen Aktion um 20 Uhr zu einer Vollversammlung in den Versammlungsraum des Mehringhofes.



SOLIDARITÄTS

TANZEN

8.2. Babylonia

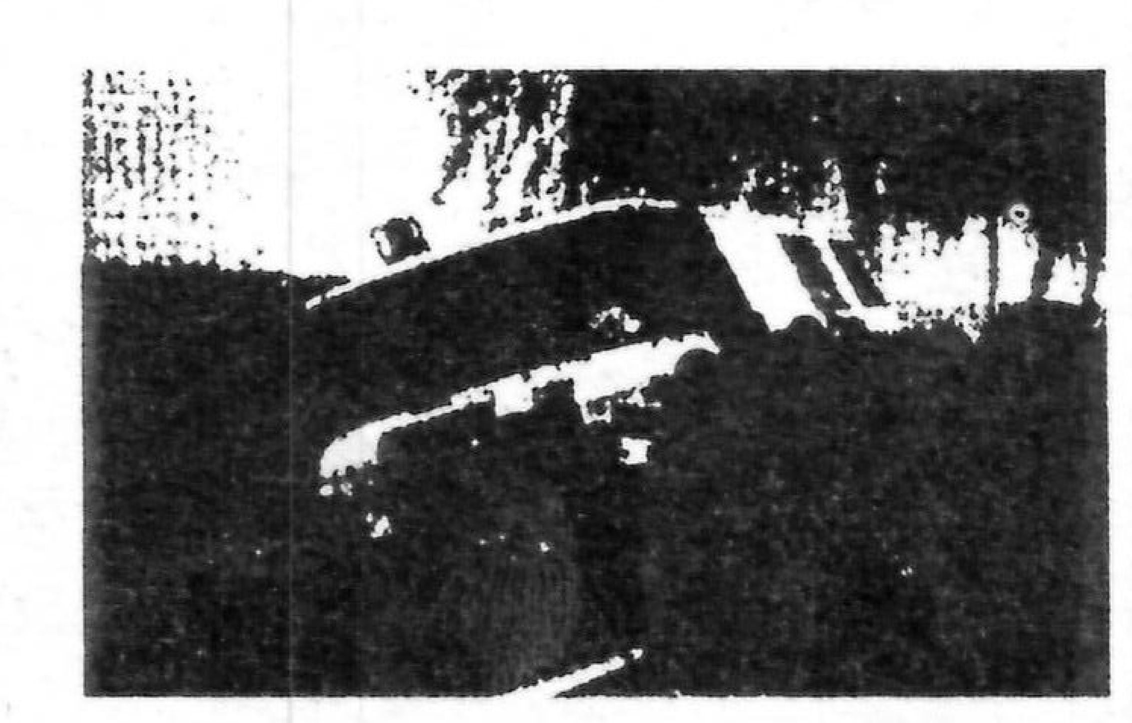
Cuvrystr 20 / Kerngehäuse - 21°° Flüchtlingsunterstützung



NEU ! Der Demo Ratgeber
vom Ermittlungsausschuß Gorleben
zur Vorbereitung von NIX³ und darüber hinaus
Info's zu Verhalten auf Demos, Festnahmesituation,
Haftrichtervorführung, Aussageverweigerung, neues
nds Polizeigesetz u. ganz wichtig Formulare für
Widersprüche gegen Platzverweise, Aufenthaltsverbote u.s.w.
Bestelladresse EA Gorleben, c/o BI Umweltschutz,
Drawehnerstr. 3, 29439 Lüchow, oder EA Tel und Fax 05843/7642
Lieferung nur gegen Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken)
bis 5 Exemplare kosten 3,- DM, ab 6 Expl. je 1,- DM (incl. Versand)

Während der Aktionstage gegen die Castortransporte sind wir durchgehend erreichbar
! Tel. 05843 / 7642 !

C(A)LL UPON PEOPLE TO RESIST (A)GAINST THE SYSTEM

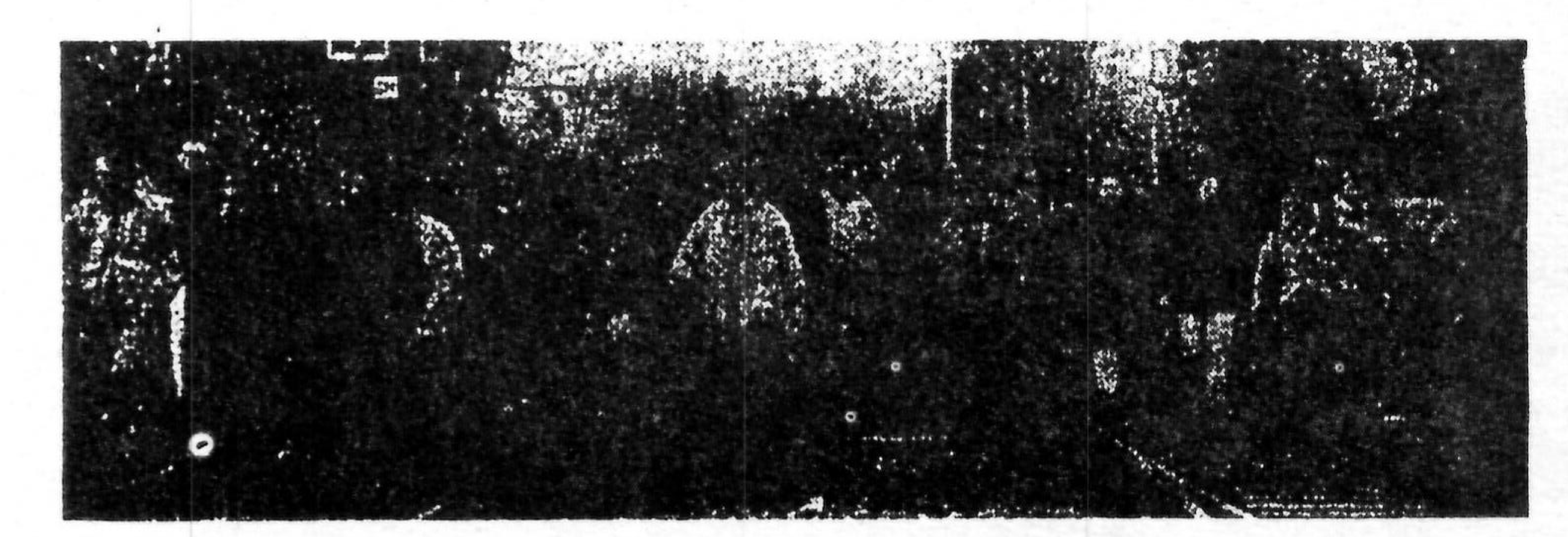


Im März ist es mal wieder soweit. Der sogenannte Rechtsstaat wird versuchen, den dritten CASTOR-Transport mit Hilfe des größten Bulleneinsatzes in der Geschichte der BRD in das angeblich sichere Zwischen- und das geplante Endlager in Gorleben zu prügeln. Da wir vermuten, daß Ihr wißt, daß der Atomnonsens der Herrschenden menschenverachtende Politik ist, nennen wir nur ein paar Beispiele, wie die an Leukämie erkrankten Kinder von Krümmel und Tschernobyl. Die vierhundertzwanzig CASTOR-Behälter, die in Gorleben eingelagert werden sollen, enthalten pro Behälter eine Radioaktivität von ca. 20 Hiroshima Bomben.

Die Strahlung, die durch den CASTOR ausgeht, kann verschiedene Krankheiten auslösen, wie z.B. Krebs, Schädigung des Erbgutes, Mißbildung entstehenden Lebens. Alle Krankheiten treten auch ohne künstliche Strahlenbelastung auf, allerdings erhöht die künstliche Bestrahlung das Risiko erheblich. Zwischen dem Zeitpunkt der Schädigung und dem Ausbruch einer Krankheit können Jahre oder Jahrzehnte liegen. Schädigungen des Erbgutes werden erst in folgenden Generationen sichtbar. Wir wollen alle Menschen, klein und groß, dick und dünn, HauptschülerIn und AbiturientIn, Hausfrau und ArbeiterIn in der Massenproduktion, Junkee und SozialarbeiterIn, BerberIn und HausbesetzerIn, friedlich und militant, zum Widerstand aufrufen.

Es geht uns alle an und betrifft uns alle direkt, wenn radioaktiver Atommüll durch fast die ganze BRD geschippert wird, mit Hilfe der DB. Wir alle müssen anfangen, den Alltag, bestehend aus Leistung → Konsum, zu hinterfragen und zu durchbrechen, autoritäre Strukturen, ob in der Schule, Familie, Arbeit und Gesellschaft zu bekämpfen und uns den Zwängen des Systems entgegenzustellen und endlich eine Umwälzung der Gesellschaft vorantreiben zu einem selbstbestimmten und herrschaftsfreien Leben. Wir rufen alle auf, zum kreativen, kritischen, phantasievollen und vielfältigen Widerstand gegen Atomkraft, mit eingeschlossen die Transporte, und die menschenverachtenden Interessen der Herrschenden.

Deshalb kommt zum Aktionstag am 15.02.1997 um 12.00 Uhr in Zernien (Bahnhof) und um 17.00 Uhr in Hitzacker (Bahnhof)



FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES UND HERRSCHAFTSFREIES LEBEN

Autonomes Anti AKW Plenum Nirgendwo



TERMINE:



Briefmarkenrecycling oder wie schade ich der Post

Briefmarken sind recycleber: Mensch nehme eine Briefmarke, klebe sie auf einen Umschlag und beschmiere sie dick mit Prittstift (oder Seife · (versuchen!)) So hat der Poststempel keine lange Lebensdauer. Mit einem Stück Watte(+) oder Taschentuch wegreiben. Nach Gebrauch vom Umschlag lösen und nochmal verwenden... (+) +WASSER

donnerstag 6.2.

vokü/film 19.30 vokü, um 21.00 „heavens gate" in der Lunte, Weisestr. 53

dias 17.00 Dia-Vortrag über Indien (Frauen/Ökologie/soziale Bewegungen), der FeLS-AG Internationale Solidarität im Zielona Góra - Grünbergerstr. 73

freitag 7.2.

film 21.00 „Ein Bayer in New York" Regie Monika Treut; FrauenLesbenVideoKino „Out in Freidrichshain" im Cafe Größenwahn (Kinzigstr.9 HH)

samstag, 8.2.

demo 11.30 G-7 Gegendemo, am Rosa-Luxemburg-Platz (siehe dieses Heft)

demo **13.00 Siemens - abschalten, am Breitscheidplatz (siehe letztes Heft)**

film &kuchen 17.00 „Maseken" von Claude Chabrol, dazu von 15.30-20.00 Kaffee und Kuchen im Cafe Größenwahn (Kinzigstr.9 HH)

tanzen 21.00 Solidaritätsdisco zur Flüchtlingsunterstützung im Babylonia/Kerngehäuse/Cuvrystr.20

sonntag 9.2.

kinderkino 10.30 „das Märchen vom Zaren Zaltan" (SU 1969) im Omayra, Engeldamm 68

vortrag film 17.00 Gorleben und die Geschichte; Vortrag mit Video, von dem Anti-Atom-Plenum Berlin, im El Locco, Kreuzbergstr. 43

dienstag 11.2.

veranstaltung 17.00 Info- und Diskussionsveranstaltung zur neuen Verschärfung der Ausländergesetzgebung (z.B. Visapflicht für Kinder) unter Beteiligung von Verantwortlichen und GegnerInnen, im Omayra, Engeldamm 68

veranstaltung 18.00 Veranstaltung zu Totalverweigerung im Zielona Góra - Grünbergerstr. 73

film 19.30 „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" (D.1975) im Omayra, Engeldamm 68

film 20.00 „Vernichtung durch Arbeit", Dokumentarfilm zu KZ-Häftlingen und die deutsche Industrie im El Locco, Kreuzbergstr. 43

film-infos 20.30 „Sagt den Frauen, daß wir weiterkämpfen" kubanischer Sozialismus und Frauenbefreiung, Bilder einer Kubareise mit Infos von Frauen/Lesben aus der BRD zu ihrer Reise 1992 auf Kuba **!Nur für Frauen/Lesben!** im Cafe Größenwahn (Kinzigstr.9 HH)

mittwoch 12.2.

veranstaltung 18.00 Info- Veranstaltung: ein Anwalt gibt Auskunft über die Rechtslage nach der Verschärfung des Ausländergesetzes im Omayra, Engeldamm 68

do-tag 13.2.

vokü/film 19.30 vokü, um 21.00 „how to get through" in der Lunte, Weisestr. 53

freitag 14.2.

film 20.00 „die Stille um Christine M.", Eintritt 4DM im Cafe Größenwahn (Kinzigstr.9 HH)

konzert 20.00 Konzert mit der Gruppe „Dergah" (türk./kurd. Folk) im Omayra, Engeldamm 68

tanzen 22.00 Funk, Hiphop und Salsa, ab 20.00 vokü und kino in der Niederbarnimstr. 23

samstag 15.2.

film 17.00 „Pippi Langstrumpf" im Cafe Größenwahn (Kinzigstr.9 HH), dazu kaffee und Kuchen von 15.30 bis 20.00

sonntag 16.2.

demo 13.00 gegen faschistische Strukturen und rechte Gewalt; in Brandenburg am Hauptbahnhof, Berliner Treffpunkt, um 12.00 am Bhf. Zoo (siehe im Heft)

do-tag 20.2.

film 19.00 „Salaam Bombay" im Zielona Góra - Grünbergerstr. 73

vokü/film 19.30 vokü, um 21.00 „delikatessen" in der Lunte, Weisestr. 53


schöner
kämpfen mit:
AK-Kraak #15
tiefsee-videomagazin für fernereres und bewegtes sehen!
smal mit:
kreutzigerstr.: ein blick zurück
innenstadt: ein blick nach vorn
radikal im augenblick
antifa demonstration in wurzen
gemüse aus gen-land
chaoswalzer in hanover
demohitparade: der letzte blick...
ohnen auf dem Breitscheidplatz!
'illen auch bei der Gedächniskirche!
ährend Abschiebe-Minister Kanther im Zoopalast die
innen & teuer-Festspiele eröffnet, läuft gegenüber auf dem
eitscheidplatz ein ganz anderer Film...:
premiere: 13.2.97
msonst+draussen = videokundgebung!
„breitipalast“, breitscheidplatz, 19uhr
nd premiere im warmen: 13.2.97 jojo (kino nickelodeon). torstr.216. 22uhr
14.2. potze.potsdamerstr.180. 21uhr
15.2. syndikat. weisestr.53. 21uhr
15.2. verein der visionäre. schles. str.. 21uhr
16.2. größenwahn. kinzigstr.9 hh. 20uhr
16.2. lohmühle. wagenburg hinterm görli. 21uhr
19.2. village voice. ackerstr.1a. 21uhr
22.2. cafe chaos. saargermunder str. 28. 22uhr
23.2. ex. gneisenaustr.2a. 21uhr
24.2. zielona gora . grünbergerstr.73. 21uhr
20.2. schokoladen. ackerstr.169. 21uhr
20.2. rigaerstr.84. 21uhr
20.2. köpi.köpenickerstr. 137. 21uhr
24.2. videokino anschlag. kreutzigerstr.18hh. 21uhr
25.2. supamolly. jessnerstr.. 21uhr
26.2. lychenerstr.60. 22uhr
26.2. buchhandlung. tucholskystr.32. 22+24uhr
27.2. el locco kreuzbergstr.43. 21uhr
27.2. buchhandlung. tucholskystr.32. 22uhr
28.2. klasse 2. schröder/burgstr.. 21uhr
2.3. arcanoa. zossenestr.48. 23uhr
3.3. arcanoa. zossenestr.48. 23uhr
2.3. x-beliebig. liebigstr. 34.21uhr
3.3. x-beliebig (frauen).21uhr
7.3. el locco. kreuzbergstr.43.21uhr
5.3. baobab. christburger.3. 20uhr
14.3. yorckstr 59 hh. 21uhr